

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

(Telephon Nr. 928.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 928.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich (Ebenfalls außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatl. 50 Pfg. Postzeitung Nr. 4069, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltige Zeile (ober deren Raum 15 Pfg., für Werbeanlagen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219. Freitag den 14. September 1902. 9. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübener Volksbotes“.)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 16. Sept. 1902.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung am 9 Uhr.

Witt-Büch ist noch als Vertreter des Landesauschusses der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie erschienen.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet Bericht. Die Mandate von 207 Delegierten werden für gültig erklärt. Außerdem sind noch anwesend 37 Reichstagsabgeordnete, der Parteivorstand, die Kontrollenre, die Redaktionsre der vom Parteivorstand herausgegebenen Blätter, Löwenstein als Landtagsabgeordneter und 12 auswärtige Gäste.

Das Mandat der Frau Weiß-Düffeldorf wird für ungültig erklärt, sie nimmt als Gast weiter an den Verhandlungen teil.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird hierauf fortgesetzt. Es ist dazu noch folgender Antrag Adolf Hoffmann von Berlin eingegangen:

„Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neu zu gründenden Parteipresse, ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder theilweise zu übernehmen.“

Böhle-Straburger erörtert die Verhältnisse der Parteipresse in den Reichsländern. Er bezeichnet die Gründung der Straßburger „Freien Presse“ als Nothwendigkeit, weil ein Zusammenarbeiten der Straßburger mit den Mülhäusern unmöglich wurde. Die Straßburger seien herzlich froh, daß sie die Mülhäuser los seien.

Heyndel-Höck bedauert, daß gestern wieder eine Verurtheilung geradezu provoziert worden ist. Die Arbeiter haben keine Lust an Verurtheilungen. Sie wollen praktische Fragen lösen. Die Akademiker, die Verurtheilungen herauszubringen (Mose: Adolf Hoffmann und Zubeil), sollten einen besonderen Tag abhalten. Die Artikel in den „Monatsheften“ sind sehr gut und viel verständlicher als die theoretischen Artikel der „Neuen Zeit“.

Ich mache den Vorschlag, um den Streit zu befeitigen, daß Genosse Bloch die Redaktion der „Neuen Zeit“ übernimmt und Genosse Kautsky die der „Monatshefte“. (Stimmliche Heiterkeit.) Man hat prophesiert, der Münchener Parteitag werde der Hilfe sein. Die Prophezeiungen scheinen nicht richtig zu sein. Was den Geschäftsbericht anlangt, so muß den Neugründungen von Zeitungen Einhalt getan werden. Die Klagen des Genossen Gerlich über die schlechte finanzielle Lage würden nicht immer wiederkehren, wenn man die vermögenden Parteigenossen dazu bringen könnte, etwas mehr für die Finanzen der Partei zu thun. (Sehr richtig.)

Kolb-Karlstraße. Die Ursache der mangelhaften Einkünfte von Geldern liegt in der Organisation. Der Parteivorstand ist ausschließlich auf freiwillige Beiträge angewiesen. Das muß anders werden. Die Frage muß eingehend geprüft werden, wie diesem Zustande abzuhelfen ist. Die Beiträge müssen erhöht werden in den Wahlvereinen. Jeder Mülhauser, jeder Gesangsverein erhebt höhere Beiträge und sie werden gerne gezahlt. Für die Reichstagswahlen sollte jetzt schon ein Extrabeitrag erhoben werden. Der Streit über die „Monatshefte“ und die „Neue Zeit“ ist ganz überflüssig. (Sehr richtig.) Ist es denn ein Schaden für die Partei gewesen, daß die „Soz. Monatshefte“ gegründet sind? Die „Monatshefte“ haben sich entwickelt, weil sie ein Bedürfnis waren. (Sehr richtig.) Die Schuld liegt allein an der Redaktion und der Organisation der „Neuen Zeit“. Man kann unmöglich den Genossen vorschreiben, für welches Blatt sie schreiben, wozu sie nur den Parteivorstand vertreten. (Sehr richtig.) Nicht die „Soz. Monatshefte“ tragen die Schuld, daß die „Neue Zeit“ nicht mehr Abonnenten hat. Beide Blätter könnten noch viel mehr Abonnenten gewinnen. Die „Neue Zeit“ ist für die Arbeiter zu theuer. (Sehr richtig.) Debel sagte gestern, in der Partei herrsche absolute Meinungsfreiheit. Das mag im Allgemeinen richtig sein, sicher ist aber auch, daß man allerdings in der „Neuen Zeit“ sehr leicht mundtot gemacht werden kann. Der Redakteur braucht nur dem Empfänger eines Artikels zu schreiben: Der Artikel ist sehr gut, aber wir haben gegenwärtig ungeheure Stoffandrang und Vertheilung. Auf diese Weise kann es vielen verleidet werden, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. Das kann anders werden, wenn etwas mehr Toleranz sich greift, und ich hoffe, daß es geschehen wird. (Bravo.)

Kolb-Karlstraße. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen. Der Antrag bezweckt nicht eine Verurtheilung der Parteigenossen.

unterstützt werden. Heute sind geradezu zwei Lager vorhanden. Nehmen Sie unseren Antrag an, dann wird eine Besserung eintreten. (Beifall und Widerspruch.)

Dr. Adolf Braun-Münchener hält gegenüber einer Bemerkung Richard Fischers den Münchener Antrag aufrecht, in dem verlangt wird, daß der Vorstand bekannt giebt, was er zur Durchführung der Parteitagbeschlüsse gethan hat. Er schließt: Sie sehen, ich bin ein sehr netter Mensch, ich rede gar nicht über „Neue Zeit“ und „Monatshefte“.

Kautsky-Friedenau: Ich habe auf die wiederholten Angriffe Bernsteins in der letzten Zeit nicht geantwortet, also die Debatte nicht gesucht. Da sie aber gekommen ist, hat sie mir eine Ueberrumpfung gebracht. In der letzten Zeit habe ich häufig Gerüchte über das schwarze Schreckenregiment und den großen Infanteristen in der „Neuen Zeit“ gehört. Heute haben wir aber nichts als Lappalien gehört. Wenn ich auch bedauere, daß hervorragende Parteigenossen an der „Neuen Zeit“ nicht mitarbeiten, so bringt mich das doch nicht in Verlegenheit. Mein Bestreben ist es stets gewesen, die „Neue Zeit“ nicht ausschließlich zu einer akademischen Zeitschrift zu machen, sondern das proletarische Element zu Worte kommen zu lassen. Die „Neue Zeit“ ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes, und da können wir alle von den proletarischen Klassen lernen. Welches sind denn die Ursachen, weshalb eine Reihe von Parteigenossen bei der „Neuen Zeit“ nicht mitarbeiten? Ich soll nicht andächtig genug gewesen sein. In der Zudringlichkeit bin ich allerdings nicht gut beschlagen, da muß ich die Konkurrenz mit jener Seite abheben. (Sehr gut.) Ich soll weiter zu jedem Artikel, der mir nicht paßt, Fußnoten gemacht haben. Das ist früher geschehen, um den Gegnern nicht Gelegenheit zu geben, derartige Artikel auszunutzen als Anlaß für die Sozialdemokraten. Uebri-gens kann ich feststellen, daß, gerade seitdem die Fußnoten nicht mehr gemacht worden sind, die betreffenden Genossen nicht mehr für die „Neue Zeit“ schreiben, während sie es früher thaten. Weiter soll der schlechte Ton schuld sein, der bei der „Neuen Zeit“ herrscht. Wir waren es früher immer gewohnt, frisch von der Leber weg zu reden, wir feuerten uns, wenn ein leidenschaftliches Wort fiel. Auch die Bourgeoisie hat, als sie noch revolutionär war, keinen Werth auf den guten Ton gelegt, das geschah erst, als sie greulichhaft und defakent wurde. Ich würde es sehr bedauern, wenn diese Greulichhaftigkeit auch bei uns Platz griffe. (Sehr gut.) Uebri-gens habe ich gerade im letzten Jahre mich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Prinzessin auf der Erde (Heiterkeit) kränken könnte. Das Einzige, was vorgebracht ist, ist der Artikel des jungen Liebknecht, der erstickend wirkte durch seine Ursprünglichkeit. Er hat das Verbrechen begangen, einige Parteigenossen Revisionisten zu nennen. Ich dachte, das wäre ein Ehrenname (Heiterkeit), jetzt soll es ein Schimpfnam sein. Es scheint wirklich, daß diese Leute überhaupt keine Kritik vertragen können. (Stadtthagea: hysterische Lacherei.) Uebri-gens sind wir auch in der mit Respekt zu sagen — revisionistischen Presse nicht immer den besten Ton. So werden in dem Artikel Siegrims in den „Monatsheften“ Parteigenossen, die für die Programmforderung des Mißweisers eintreten, als Idioten hingestellt. (Hört, hört!) Liebknecht hatte geantwortet auf eine Provokation von Jaures. Siegrim aber schrieb so ohne Provokation. Wir haben stets nur erwidert, wenn wir angegriffen worden sind. Ich soll Leute mundtot gemacht haben. Angeführt wurde allein der Fall David. Dieser Fall ist aber nicht bereinigt. Es haben eine ganze Reihe von Artikeln zurückgewiesen werden müssen wegen Raummangels. (Mpa!) Als David seinen Artikel einsandte, war eben das Buch Bernsteins über die „Voransetzung des Sozialismus“ erschienen. Daher mußte er zurückgestellt werden. Den zweiten Artikel sandte ich David zurück mit der Bitte, ihn zu fügen. Eine Antwort habe ich darauf nicht erhalten, und erfuhr erst gestern, daß David sich damit getraut gefühlt hat. David hat sich bei mir nie beschwert. (Hört, hört!) Es ist auch nicht richtig, daß Bernsteins aus der „Neuen Zeit“ hinausgejagt worden ist. Nach den vorhergehenden Debatten war es ganz unmöglich, daß Bernsteins, wie das früher der Fall gewesen war, gewissermaßen mit zusammen die Redaktion leitete. Auch Genosse David wird z. B. nicht Vollmar und die Genossin Lugensberg in einer Redaktion zusammenhängen wollen. (Heiterkeit.) Ich habe noch nach dem Lübener Parteitag Bernsteins zur Mitarbeiterschaft aufgefordert. (Hört, hört!) Fassen Sie die Sache nicht persönlich auf. Es handelt sich um Gründe um eine tiefgehende taktische Meinungsverschiedenheit, die die gesamte internationale Sozialdemokratie gegenwärtig bewegt. Wir sollten froh sein, daß es bei uns trotz dem zu nichts Weiterem gekommen ist, als zu einer gewissen Keilhaftigkeit. Auch diese wird verschwinden im Angesicht der bevorstehenden Wahlen. Diese werden uns zusammenschweißen. Die Krise, die Wahlen, der Kampf um den Polltarif werden nicht das Ende, sondern der Anfang eines großen Kampfes sein. Wir werden wieder das Endziel in den Vordergrund stellen lernen und der Rest des revisionistischen Nebels wird verschwinden. (Sehhafter Beifall.) Wir werden alle einzig sein in dem Rufe: Wieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Mitarbeiterschaft an den „Monatsheften“ und den Revisionismus findet nicht genügende Unterstützung.

Stadtthagea wendet sich gegen den Verein „Arbeiterpresse“, bei dessen Gründung gesagt worden ist, man müsse als letztes Mittel auch einen Streit gegen die Parteiarbeitgeber ins Auge fassen. Diese Richtung hat glücklicher Weise im Verein jetzt wenig Boden. Sonst müßte sie auch Schärfe bekämpfen werden. Die „Monatshefte“ sind kein sozialdemokratisches, sondern ein sozialistisches Blatt, sie sind aus dem „Sozialistischen Akademiker“ hervorgegangen und haben kein Programm übernommen. Es ist ein rein kapitalistisches Unternehmen der Firma Felheim. Für die „Monatshefte“ wird eine Bekanntschaft gemacht, gegen die Scherl und Wertheim keine Maßnahmen sind. Der Redakteur Bloch mag sich als Sozialdemokrat erachten, er erachtet aber auch Leute wie Doppelheimer als Sozialdemokraten. (Bloch ruft: Das ist gelogen!) Herr Bloch, Ihr Zwischenruf legt Zeugnis ab für den Ton, welcher bei Ihnen herrscht. (Sehr richtig.) Sie haben

kein Recht, mir derartige Unverschämtheiten zuzurufen. (Sehhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer: Ich habe den Zwischenruf nicht gehört, sonst würde ich ihn ebenso gerügt haben, wie es Stadtthagea gethan hat. Ich muß sagen, es ist ein Mißbrauch des Gastrechts, hier die Verhandlungen durch solche unqualifizirbare Zwischenrufe zu stören. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt, sonst müßte ich andere Maßregeln ergreifen.

Stadtthagea verliest ein Propaganda-Flyer der Redaktion der „Monatshefte“, in dem den Gewerkschaften 50 Pfg. für jeden Abonnenten, der für die „Monatshefte“ gewonnen wird, zu vergüten versprochen wird. (Große Entrüstung.) Mit solchen Mitteln kann ein Parteiunternehmen nicht arbeiten. Die „Monatshefte“ sind ein Organ für Ouerkämpfe und Bekämpfung. Sie sind unter den Neuen nichts Anderes, als was unter den Zeitungen die Scherblätter sind. Ich kann nur jeden Arbeiter, der nicht verstanden will, vor den „Monatsheften“ warnen. (Sehhafter Beifall.)

Volmar-München: Meine Rede wird nicht den Temperaturniveau zeigen, wie die eben gehörte, denn bei solchen Fragen soll man nicht an die Leidenschaft, die blind macht, appelliren, sondern an den Verstand. (Sehr gut!) Es wird gesagt, daß die „Neue Zeit“ fortwährend zurückgeht. (Widerpruch.) Ich denke, sie hat 10 000 Mt. Defizit. (Mpa: Das ist ein früheres Defizit.) Dann ist sie also immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Wenn die „Neue Zeit“, trotz der Autorität der Partei und der finanziellen Unterstützung stetig zurückgeht, während die „Monatshefte“ sich fortgesetzt entwickeln, muß das doch ganz besondere Gründe haben. Es ist ganz klar, daß unter diesen Umständen der Grund nur an der Redaktion der „Neuen Zeit“ liegen kann. So wie die Dinge liegen, bin ich überzeugt, Sie können beschließen, was Sie wollen, eine Aenderung tritt hier nicht ein, bevor nicht andere Redaktionsprinzipien eintreten. (Sehr wahr!) Ueber Kautskys Verdienste und Fähigkeiten ist nichts zu sagen, aber es lebt in ihm ein Geist der Einseitigkeit, der Engbrüstigkeit und der Unabholbarkeit, wie sonst wohl in keinem anderen Parteigenossen. Kautsky spricht von Einseitigkeit der Partei, er will aber unter Einseitigkeit nur eine einzige feststehende Meinung, seine Meinung verstanden wissen. Die „Monatshefte“ sind anders redigirt. Die Praktiken des Verlegers gehen mich nichts an, auf den Inhalt kommt es an. An dem aber ist nichts anzufügen. In der „Neuen Zeit“ wird über Alles im Inland und Ausland von oben herunter abgurrtheilt. Jaures ist der große Parteiverderber genannt worden, Vardelbe ist höchst unhöflich behandelt worden. Das ist vielleicht in einem freien Organ erlaubt, in einem Parteiorgan ist es taktlos. Kautsky mußte bedenken, daß er nicht er, sondern die Gesamtpartei die Verantwortung dafür trägt. Debel rieth zu Beschwerden. Ich, Debel, wird er höchstens noch einseitiger. Warum greift aber der Vorstand nicht selbst ein? Was ist geschehen, als das Panoptikum der Opportunisten vorgeführt wurde? Nach dem ersten Artikel hätte da eingeschritten werden müssen. Man rede doch nicht immer von Disziplin! Die hier verlangte Disziplin ist eine Disziplin im Kaiserlichhofstil. Der Angehöriger Antrag ist grotesk, er will thatsächlich die Meinungsfreiheit beschränken. Was wäre der Erfolg? Das kühnste Leben der „Monatshefte“ würde eingehen. Aber glauben Sie ja nicht, daß die jetzigen Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ sich dann dem Renouveau des Genossen Kautsky unterwerfen werden. Die Meinungsfreiheit in der Partei muß unbedingt gewahrt bleiben. Es wäre sonst wirklich nicht der Mühe werth, zur Sozialdemokratie zu gehen, um eine Unfreiheit los zu werden, eine andere Unfreiheit einzutauschen. (Sehhafter Beifall.)

Gettlich-Stuttgart: In vielen Punkten stimme ich mit der Kritik an der Redaktion der „Neuen Zeit“ überein. Sie ist gewiß nicht immer aktuell, und Kautsky selbst erkennt die Mängel gewiß zuerkennend. Jeder Redakteur hat aber nicht die Betriebsamkeit eines Geschäftsfreiwandlers, der sich vorne heraus werfen läßt, um hinten wieder herein zu kommen. Hoffentlich kommt er bald dem Ideale des Redakteurs, das heute gestern gezeichnet hat, nahe, der sich breit schlagen läßt und die Mitarbeiterschaft der Genossen immer wieder aufsucht, auch wenn er überzeugt ist, daß diesen an der Mitarbeiterschaft recht wenig liegt. Es ist Kautsky in erfreulicher Weise gelungen, gerade in der letzten Zeit junge Kräfte aus dem Proletariat heranzuziehen. (Bravo.) Man muß vier Nummern der „Neuen Zeit“ mit einer Nummer der „Monatshefte“ vergleichen, um den richtigen Maßstab zu gewinnen. Selbstbig wird auf beiden Seiten. Der Vorwurf der Einseitigkeit gegen Kautsky ist übertrieben. Als wissenschaftliches offizielles Parteiorgan muß Kautsky oft Rücksicht üben. Man ist bei den Opportunisten sehr empfindlich geworden. Dort will man die alte Richtung ungehört kritisiren dürfen, man verlangt aber einen unbegrenzten Respekt vor den neuen Dogmen. Die „Neue Zeit“ hat ihre Verdienste. Sie hat das große Erbe unserer Meister Lassalle, Marx und Engels in das lebendige Leben der Partei eingeführt unter häufiger Bekämpfung der Gegner. Bei solchem Kriegshandwerk fällt einmal ein rauhes Wort. Soll die „Neue Zeit“ ihre Aufgabe voll erfüllen, so ist es notwendig, daß alle sibirischen Genossen an der „Neuen Zeit“ mitarbeiten, daß ihr alle Kräfte zugeführt werden, die je verbitert bei Seite stehen. Das ist notwendig auch im Interesse der Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Auf zu gemeinsamen Arbeit gegen den gemeinsamen Feind! (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Ich bin wieder bei der „Neuen Zeit“ oder den „Monatsheften“ betheilig, habe also kein persönliches Interesse. Die Situation hat sich seit dem Vorjahre nicht gebessert. Wo liegt die Ursache, daß so viel hervorragende Parteigenossen an den „Monatsheften“ mitarbeiten? Der Grund liegt in allumfassender Einseitigkeit der Redaktion der „Neuen Zeit“. Aus der Meinung Kautskys, daß die persönlichen Differenzen zwischen Bernsteins und Kautsky ein Zusammenarbeiten unmöglich machten, geht am besten hervor, daß die „Soz. Monatshefte“ eine Nothwendigkeit waren. Es wäre richtiger, wenn die Artikel, die jetzt in den „Soz. Monatsheften“ erscheinen, in der „Neuen Zeit“ aufgenommen würden. Es ist notwendig, daß zur Sammlung gelesene wird. Die talantvollsten Silberhändler der Akademiker haben absolut keinen

nach Jahr und Tag in seine Heimath zurück, wo seine Ehe mit der Louise Horn im Jahre 1896 gerichtlich geschieden war. Louise vergab dem Treulosen und nahm ihn mit Freuden wieder. Als aber die Behörde das Zusammenleben der Geschiedenen zu inhibiren suchte, heiratheten sich Beide am 19. August 1898 zum zweiten Mal. So weit war Friede, aber eines Tages wurde Ernst Behr vom Arm des Gefängnisses begehrt und gefänglich eingezogen. Die Strafammer des Schweriner Landgerichts verurtheilte den seit Monaten in Untersuchungshaft sich Befindenden wegen Bigamie — da auch die Ehe des Behr mit der Rüscheiner in Amerika zu Recht bestand — zu neun Monaten Gefängniß.

Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei der bayerischen Metallwaarenfabrik in Nürnberg haben die sämtlichen Metallbrüder, wie die „Bränk. Tagespost“ mittheilt, infolge schlechter Affordpreise die Arbeit niedergelegt, nachdem die Firmeninhaber eine Unterhandlung mit der Organisation abgelehnt haben. — Die Steinseher in Kottbus haben ihre Lohnbewegung vertagt. Dazu scheint hauptsächlich der Umstand Veranlassung gegeben zu haben, daß der Magistrat für den Fall des Streiks gegen die Arbeiter Partei ergreifen wollte.

Zum Nachfolger Dr. Wörriehoffers in der Leitung der badischen Fabrikinspektion wurde nach der „Frankf. Zig.“ der preussische Gewerberath Dr. Wittmann in Trier ernannt; er tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Kein Arbeiter-Urlaub. In der kürzlich verbreiteten Mittheilung über Arbeiterurlaub in den Spandauer Militärwerkstätten wird der „Kölnischen Volkszeitg.“ aus Berlin geschrieben, die Nachricht sei ganzlich unzutreffend, sowohl was den Plan selbst, als auch was, die im Kriegsministerium stattgehende Konferenz der Spandauer Justizdirektoren dieserhalb angehe. Thatsächlich habe keine Konferenz oder Besprechung der Direktoren im Kriegsministerium stattgefunden. — Wie konnte man auch so viel sozialpolitisches Verständnis beim preussischen Kriegsministerium voraussetzen!

Aus Nah und Fern.

Schutz vor Schülern. Vor der Dortmunder Strafkammer hatte sich am Sonnabend der Polizeisergeant Friedrich Hälscher aus Kattrop wegen thätlicher Beleidigung einer Frau und Unterschlagung im Amte zu verantworten. Was es mit der „thätlichen Beleidigung“ auf sich hatte ergibt sich am besten aus der Thatsache, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Es erfolgte die Verurtheilung zu einer Woche Gefängniß. Von der Anklage der Unterschlagung wurde er freigesprochen, da sie sich nicht mehr zuverlässig beweisen ließ.

Woher die „Seatenoth“ auf dem Lande kommt. Die aller Menschlichkeit hohe sprechende Behandlung ländlicher Arbeiter wird von neuem dargezogen durch einen Vorfall, der sich in der vergangenen Nacht auf dem Dominium Kappel bei Kallau zugetragen hat. Ein galizischer Arbeiter hatte den Kratmarkt in der Stadt besucht und dort etwas über den Durst getrunken. Als er am anderen Morgen in Folge dessen nicht rechtzeitig seiner Arbeit nachgehen konnte, wurde er von dem Vogt des Gutes in grausamster Weise mißhandelt. Mit schweren Wunden bedeckt, wurde er darauf nach dem Krankenhause zu Altdöbern gebracht, wo er starb. Der Vogt ist inzwischen verhaftet und als Untersuchungsgefangener nach Kallau eingeliefert worden.

Die erste Ohrfeige für die Danziger Polizei. Die erste und hoffentlich nicht letzte Freisprechung zeitigte die erste gerichtliche Verhandlung in dem Rattenbögen von Prozeß, die gegen unsere Danziger Genossen angehängt sind. Genosse Grundmann stand am 11. September, angeklagt des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Erzeugung ruhestörender Lärm, vor dem Schöffengericht. In dem von Metallarbeiterverbände zum 1. Juni im Partelleben angetragenen Vergnügen, welches aber nicht abgehalten wurde, weil der Polizeipräsident es als politische Versammlung bezeichnete und die Theilnahme von Frauen untersagte, soll er sich dieser Vergehen schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt sah die Schuld Grundmanns für voll erwiesen

an und beauftragte für den Widerstand 1 Monat Gefängniß und für den Lärm 3 Tage Haft. — In ungemein wirkungsvoller Rede führte Rechtsanwalt Thun aus, daß das politische Verbot des Vergnügens völlig ungeschicklich gewesen und ein direkter Gegensatz zu den Entscheidungen des Kammergerichts sei. Die Polizeibeamten befanden sich demnach gar nicht in der berechtigten Ausübung ihres Amtes, als sie die anwesenden Restaurationsgäste gewalttham aus dem Lokal trieben. Ebenfalls war die Anordnung des Polizeikommissars: Grundmann den Zutritt zu Bergers Privatwohnung zu verwehren, vollständig unberechtigt. Die Verhaftung wäre doch auf die einfachste Weise von der Welt verhindert worden, wenn er Grundmann nicht am Betreten der Wohnung gehindert hätte. Thatsächlich sei durchaus nicht erwiesen, daß das angefallene Publikum nur Grundmanns wegen stehen blieb, ebenso wenig sei ein Angriff auf einen Beamten festgestellt; es müsse deshalb Freisprechung erfolgen. Das Gericht sprach Grundmann mit der Begründung frei, daß ihm ruhestörender Lärm nicht nachgewiesen sei. Einem Widerstand gegen Beamte in berechtigter Ausübung ihres Dienstes würde er sich dann schuldig gemacht haben, wenn er trotz der polizeilichen Sperre in das Lokal hätte gehen wollen. Das war jedoch nicht seine Absicht. Er wollte die Bergersche, in demselben Hause belegene Privatwohnung besuchen und das durfte ihm nicht verwehrt werden.

Was ein Affe nicht alles werden kann. Die „Jagdztg.“ bringt folgendes ergötzliche Geschichtchen: Von einem aus Deutch Ostafrika heimkehrenden Herrn wurde ein kleiner Affe (etwa 1 Pfund Gewicht) mitgebracht. Auf der Fahrt von Tanga nach Genua war der Affe „frachtfrei“. Von Genua bis zur schweizerischen Grenze mußte für ihn die Fracht für einen „Vogel“ mit 1,50 Lire bezahlt werden. Die schweizerische Gotthardbahn war eisenderischer und stellte den Affen unter die Hundetage mit 8,40 Franks. Die schweizerische Ostbahn übernahm den Affen zu 20 Kilogramm, Reisegepäck mit 80 Cents Loge. Die badische und württembergische Bahnen (bis Stuttgart) ließen ihn, als zum „Handgepäck“ gehörig, frei gehen. Von Stuttgart bis zum Endziel der Reise war der Affe wieder zum „Hund“ geworden und mußte diese Tour mit 1,60 Mark bezahlen.

153 Jahre altes Schiff. In Aarhus lösch gegenwärtig die schwedische Schoonerbrigg „Emanuel“ eine Ladung Holz. Die Brigg hat nach den vorhandenen Schiffspapieren ein Alter von 153 Jahren und ist wohl das älteste Handelschiff der Welt. Bierzig Jahre lang hat das Schiff die dänische Flagge geführt.

Die kalenderwidrige Witterung des Sommers hält bis zu dessen Ende an. In New-York herrscht, wie heute von dort gemeldet wird, außerordentliche Kälte, in verschiedenen Orten wurden mehrere Grad Kälte verzeichnet, in anderen viel Schnee. Die Kälte erstreckt sich bis nach dem nördlichen Texas; sie macht eine baldige Beendigung des Bergarbeiterausstandes nothwendig, da die Kohlenpreise fortwährend steigen. In vielen Ortschaften ist es unmöglich, Anthracitkohlen zu erhalten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 7. bis 13. September 1902.

Stadtmutter.

- a) **Leben, Roman und Beruf des Vaters**
1. September. Bize-Feldwiel Theodor Schimm. 2. Schmied Robert Heinrich Schimmer. Arbeiter August Joseph Dietrich Schöning. 4. Maschinist Ludwig Johannes Es oder Hagen. 5. Arbeiter Wilhelm Friedrich Johann Gustav David Cronow. Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Schöng. 6. Arbeiter Heinrich Theodor Döpp. Schloffer Joseph Friedrich Bur. 8. Retorik-Händler Heinrich Otto Friedrich Schrein. Schmied Vincent Hüfner. 9. Lechner Max Christoph Leopold Dimpfer (3 Wödinge). 9. Arbeiter Daniel Friedrich Heinrich Spahnmann (Krempelbohr). Arbeiter Johann Adam Heinrich Ferdinand Schmidt (Krempelbohr). Kaufmann Johann Gustav Carl Hoffmann. 10. Turnlehrer Johannes Carl Hermann Böh. Arbeiter Josef Fuchs. 12. Straßwärter Wilhelm Friedrich Johann Schwidrogg.

b) **Wödinge, Name und Beruf des Vaters.**

31. August. Arbeiter Josef Carl Max Friedrich Jörkl. 1. Seidenmacher Arbeiter Heinrich Johann Wilhelm Martin Gutow. Wärendmacher Carl Emil Geric. 2. Friseur Carl Friedrich Wilhelm Sommer. 3. Schreier Wilhelm Heinrich Theodor Hoppe. Schneider Carl Georg Joachim Johann Heinrich Stroth. Arbeiter Claus Christian Heinrich Carl Friedrich. 4. Arbeiter Carl Johann Joseph Christian Wilhelm Meier. 5. Schreier Heinrich Friedrich Dohm. Schneider Gustav Carl Stern d. Prediger Carl August Gustav Fischer. Buchdrucker Martin Johann

meine Schwester Rachel sich nichts gefallen ließ, denn nur aus Liebe zu mir ist sie in meinem Hause, und auch unsere Familie kann sich leben lassen. Wie aber wird das bei eurer Tochter sein? Wird sie die Wirklichkeit hüben wollen, wird auch sie hochmüthig sein wegen ihrer Familie und ihrer Würde? ... Was aber meine Kinder betrifft, so sind sie eben jüdische Kinder, und was ihr Vater will, ist ihnen Gesetz, und dem Weib, das er heirathet, werden sie die gehörende Ehre erweisen. Natürlich sind sie im Herzen gegen diese Heirat — ich weiß's auch, wenn ich an ihrer Stelle wäre —, ich weiß, jeder Mensch liebt mehr als weniger eitel. Denn meine Söhne wissen — er riefte sich stolz auf —, daß ich trotz meiner Siebenzig ein kräftiger Mann bin, denn ein junges, geliebtes Weib noch einen Benjamin gebären wird, und, so Gott will, ein Töchterchen dazu. Aber sie fügte sich, weil ich's so will, und ich will's, weil es nicht bloß mein gutes Recht ist, sondern auch das Recht; ich brauche auch deshalb vor niemand die Augen niederzuschlagen.“ Und wieder redete sich der jetzt geborgte Rache trauvoll empor. „Wer wird dann Heirathen will, werde ich!“

„Das fällt niemand bei!“ riefen Chane und Rebele wie aus einem Munde. Auch Leib nannte etwas wie eine Bewahrung gegen ein solches Unterfangen. In Stillen aber dachte er: „Ach, was es nur nicht eben mein Miriamchen war!“

Der Greis nickte. „Was auch war das zu sagen?“ sagte er wieder zu seinen Töchen, als erdichte er ein Geschicht über eine Salomonsche. „Nichts! Vielleicht nicht einmal dann, wenn ich so alt war, wie König David, da sie ihn die Königsgattin. Denn das Weib blüht dazu auf, den Mann zu erlösen. Aber ich bin nicht, wie König David, da sie ihn das Mädchen von Emma brachte, und erjähle Gottes Gebot, indem ich wieder heirathe, denn die Besch-

ung eines Volkes ist ihm wohlgefällig. Ein Christ oder ein „Deutlich“ (aufgeklärter Jude) thäte es freilich wahrscheinlicher nicht mehr, er würde das Geipöth seiner Leute scheuen und sich lieber eine Geliebte halten, denn das ist bei ihnen für einen Greis keine Schande, aber noch heirathen ist ihm unmöglich. Ich aber bin gottlos ein Jude, habe nie ein anderes Weib berührt, als mein angezehrtes, und will's bis an's Ende so halten. Ich nehme eure Tochter, weil sie jung und schön ist, ich leugne es nicht. Und viel zärtliche Reden wird sie nicht von mir hören. — dazu hab' ich nicht die Zeit, und es ist auch nicht meine Gewohnheit. Aber was ein Mann wie ich, den so viel Arbeit und so viele Jahre belassen ihm kann, damit das Weib an seiner Seite sich glücklich fühle, soll geschehen. ... Und nun — Ihr hättet es früher überlegen sollen, daß Weib, aber ich stell's Euch auch jetzt frei — entscheidet Euch!“

„Es ist entschieden“, erwiderte Chane und auch Leib widersprach nicht.

So wurde der Verlobungs-Vertrag unterschrieben. Nachdem dies geschehen, zog der Bräutigam seine Briefstasche hervor und legte eine zünftige-Golden-Rote vor die Mutter hin. „Nehmt es nicht“, sagte er, „so soll es mir auf einige Gulden mehr nicht ankommen. Aber ich meine, sie wird auch als mein Weib noch Genden und Kleider bekommen können.“ Und weil er wohl gelohnt war und das Geheißene nun nicht mehr bewahrt zu werden brauchte, so ließ er sich durch Meppel einen anderen Wagen aus der Dampf-lage holen und überließ den Schwiegereltern den seinen für die Heimfahrt. Sie nahmen dankend an und rollten leichteren Herzens, als sie gekommen, ihrem Hause zu.

Dort aber hatte sich inzwischen eine seltsame Scene begab.

- Conrad App I. 6. Arbeiter Heinrich Wilhelm Bernhard Hans Fener. Schlichter Carl Friedrich August Freitag. Maschinenfabrikant Johannes Dettel Friedrich Petersen. 7. Kanzlist Edwin Ludwig Matat. Schneider Wilhelm Ulrich Friedrich Möller. Fließschiffgehilfe Heinrich Christian Carl Westphal. Klempner Carl Christoph Gottardt Hammer. 8. Tischler Hermann Friedrich Friedrich Hartn. Haupt-Jollamie-Assistent August Ferdinand Giese. Arbeiter Joseph Kaschny. 9. Arbeiter Carl Joachim Hans Wandschneider. 11. Werkführer Georg August Weygandt. 12. Arbeiter Claus Heinrich Paasch.

Storbefälle.

7. September. Privatmann Hans Ulrich Deptien, 78 Jahre. Friederica Margaretha Elisabeth geb. Saxmann, Ehefrau des Dienstmanns Wilhelm Johann Franz Landau, 29 J. Wilhelm Carl Stiffens, 2 M. Bertha Maria Bröwig, 2 J. 8 M. Arbeiter Wilhelm Friedrich Bau, 81 J. (Winkelwähe). 8. Apotheker und Matheser Paul Friedrich Gustav Eiten, 67 J. (aus Baiemwall). 9. Mathilde Wendula geb. Koch, Ehefrau des Privatiers Johann August Fromm, 62 J. Louise Dorothea Elisabeth geb. Gramon. Witwe des Heinrich Johannes Friedrich Möder, 65 J. Martha Eline Christine Schmidt, 16 J. Ella Louise Anna Pauline Schöner, 3 J. Eva tobke. Mädchen, 8 J. Arbeiter Johann Adamus Heinrich Ferdinand Schmidt (Krempelbohr). 10. Auguste Helene Johanna Bahr, 19 J. Maschinenkloster Karl Hermann Großberg, 50 J. Rentier Friedrich Carl Joachim Glose, 54 J. 11. Maria Dorothea Bräsi, 50 J. Konrad Fritz Wilhelm Michel, 2 J. 10 M. Wilhelmine Gertrude Elisabeth Diederike Agnes Gerkmann, 23 J. Maria Emilie Auguste geb. Hildebrandt, Ehefrau des Schiffstochs Johann Gustav Edmund Uteit, 47 J. (Krempelbohr). 12. Ein Mädchen, 1 Z. 8 M. Werkführer Georg August Weygandt. 13. Walthar Conrad Otto Egger, 2 M. Hospitant Joachim Heinrich Kleng, 63 J.

Angerordnete Aufgebote.

8. September. Ratsher Jochen Heinrich Friedrich Denter und Witwe Emmy Auguste Lorenz geb. Kose. Arbeiter Franz August Wilhelm Hienert und Anna Maria Dorothea Elisabeth Teschou. Schiffszimmermann Claus Friedrich Weyge und Anna Maria Ida Bewde. Brieftträger Carl Heinrich Julius Herzog zu Ahrensbeck und Maria Christine Minna Kibbel zu Curau. Maschinist Heinrich Friedrich Christian Damin und Auguste Zimmer zu Holzwinden. Bauarbeiter Johannes Robert Krause und Marie Schwarz zu Bapen. 9. Stadteuer Christian Johann Heinrich Janzen zu Hamburg und Georgine Dorothea Sophie Kehen. Lagerist Heinrich Friedrich Neumann und Gustave Helm. Maschinist Heinrich Hermann Josephs und Franziska Bernharbine Johanna Math. Pastor Franz Howard Theophylus Geh zu Mailand und Clara Emma Charlotte Petersen. Orts-Inspektor Friedrich Johann Heinrich Röhr zu Kothenshagen und Auguste Emma Anna Claussen. Lithograph Carl Friedrich Wilhelm Jaepert zu Berlin und Minna Louise Johanna Meyer. Schumann Wilhelm Carl Theodor Wendt und Dorothea Magdalena Caroline Adamann zu Neu-Vorwerk. 10. Maler Julius Peter Carlens zu München und Marie Auguste Emilie Wilden. Wärendmeister Hugo Johann Wegmann zu Wöding und Marie Carloline Elisabeth Batom. Metzger Hans Friedrich Ernst Schomacker und Maria Catharina Dorothea Freym. Arbeiter Johanns Joachim Friedrich Kooz und Catharina Dorette Elisabeth Schomann. Kaptein Carl Julius Friedrich Theodor Matthiesen und Bertha Louise Margarethe Biyge. Maurerpolier Julius Georg Heinrichs Lawrenz zu Fackenburg und Anna Helene Haack. 11. Kaufmann Carl Georg Conrad Riksmann und Anna Auguste Emilie Sternberg zu Helmstedt. Frietur Hans Adam Nicolaus Wulf und Anna Frieda Betty Homberg. 12. Eisenbahnknecht Ernst Delloi Friedrich Christoph Lorenz und Anna Marie Sophie Trahn zu Wöding. Seemannsmeister Wilhelm Hermann Gottlieb Klingenberg zu Bremen und Christine Elise Pauline Bach. Ritter Johannes Friedrich Wilhelm Otto Heinrich Schöder und Maria Wilhelmine Magdalena Dreffs. Feuerwehmann Johannes Heinrich Carlmann und Anna Maria Catharina Dose zu Söding. 13. Kaufmann Hermann Rudolph Wilhelm Müller und Margarethe Daniele Auguste Suhr zu Hamburg. Kaufmann Heinrich Ludwig Carl Klocz und Johann Jagge zu Wittenmuth. Güterbedenarbeiter August Wilhelm Johannes Käper und Wilhelmine Luise Sophie Brun. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Flägel und Maria Margaretha Elisabeth Otto. Buchhalter Adolf Hans Paul Carl Jarchau und Anna Marie Dorothea Wilhelmine Elisabeth Böckmann.

Eheschließungen.

9. September. Verlobungsbeamter Wilhelm Gottfried Friede und Emma Joha M. a. Ued. Eisenbahn Stations Assistent Wilhelm Johannes August Conrad Schödel und Genetie Anna Cecilie Anna Bauer. 10. Chemiker Max Arthur Heinrich zu Tammersdorf in Farnsb und Ella Wilhelmine Dorothea Johanna Wöllenbock. Rathe-Protokollist Rudolf Heinrich Carl Christian Friedrich Hartmann zu Parchau und Bertha Louise Friederike Wess I. 12. Arbeiter Ernst Hans Friedrich Döhr und Witwe Marie Elisabeth Magdalena Weill geb. Wilmann. Arbeiter Johannes Joachim Hinrichsen und Witwe Anna Christiane Luise Langwitz geb. Jagstlein, beide zu Bomer. Arbeiter Rudolf Carl Ludwig, Wilhelm Eme und Emma Sophie Christine Brahn. 13. Kaufmann Gustav Heinrich Winter zu Altona und Käthe Emma. Arbeiter August Hermann Heinrich Taf und Johanna Dorothea Auguste Bohniad.

In den Morgenstunden des Sonntags, während des Gottesdienstes und bis nach der Messe bleibt die Schänke immer leer. Einmal deshalb, weil die Popen darauf achten, ferner aber, weil die Bauern gerne ihren Rausch vom Abend vorher ausschöpfen, bis die Kirchenglocken sie zur Andacht rufen. Und so kam's, daß die Kasia volle zwei Stunden, von Sieben bis Neun, keine Menschenseele fand, der sie ihre Entbedung hätte mittheilen können, daß Leib und Chane nach Galitz gegangen, um dort ihre Tochter mit dem Alten aus der Dampf-lage zu verloben. Denn daß sie aus keinem geringeren Grunde beide ihr Haus verlassen haben würden, bezweifelte sie keinen Augenblick, dafür kannte sie sie zu genau. Keine Seele, oder doch keine gläubige! Der Miriam theilte es die „Goje“ mit, aber das Mädchen lachte nur laut auf. „Du bist verrückt“, sagte sie, „davon müßt' ich ja auch etwas wissen!“

„Aber bei euch wird ja ein Mädchen nie gefragt!“ rief die Kasia. „Vielleicht!“ erwiderte die Miriam. „Aber mich würden meine Eltern fragen. ... Oder doch mein Vater.“ fügte sie nach einem Augenblick des Nachdenkens hinzu. „Er ist ja so gut! Er würde mich nicht zwingen, ein Kleid zu tragen, das mir nicht gefällt, — und nun gar einen so alten Mann zu nehmen!“

„Dein Vater!“ sagte die Kasia verächtlich. „Der trägt ja hier im Haus den Unterrock und die Mutter die Hosen! Die Mutter hat's eben befohlen, daß er schweigt.“

„Pfui!“ rief das Mädchen heftig, und ihre Augen blühten. „Daß ich das nie wieder höre! ... Aber über deine Reden darf man sich gar nicht ereifern.“ fügte sie wieder lachend hinzu. „Du bist eben ein Schmaßmaul!“ Und sie ging trällernd an die Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

Rechnungsboden in der breiten Masse. (Sehr richtig!) Die Empfindlichkeiten müssen sowohl bei Kantäth wie Bernstein verschwinden. Die „Neue Zeit“ muß dafür sorgen, daß auch andere Ansichten in ihr zur Geltung kommen. Ein Artikel des „Offenbacher Abendblattes“ verlangt sehr richtig, daß angesichts des Wahlkampfes die Kaufereien zwischen Kantäth und Bernstein aufhören. Uns in der Provinz fröhelt das viel mehr in der Agitation, namentlich bei den Bauern, als die Herren Theoretiker im hohen Olymp annehmen. Man sperrt alle Theoretiker in ein Zimmer allein, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben. (Heiterkeit. Ledeborr: Dann würde die Partei verstimmt!) Nein, die Partei hat so viel Leben in sich, daß die Theoretiker sie höchstens zur Verstimpfung führen könnten. Das Klassenbewußtsein der Massen wird immer größer und bewahrt uns glücklicher Weise vor ähnlichen Zuständen, wie sie sich in Frankreich entwickelt haben.

Seine - Berlin: Der scharfe Zug gegen die Theoretiker ist nicht unerbittlich, und er freut mich. Man sollte mehr das Verbindende als das Trennende betonen. Bei allen praktischen Fragen sind wir ja einig, nur werden leider viele rein praktische Fragen von theoretischen Gesichtspunkten beunruhigt. Diesmal haben nicht die Akademiker begonnen, sondern Adolf Hoffmann, der sich beschwerten würde, wenn man ihn zu den Akademikern rechnete. Die „Neue Zeit“ hat einen viel zu hohen Redaktionsetat, sie bezahlt regelmäßige Mitarbeiter, während die Redaktion der „Monatshefte“ viel weniger kostet. Also das Aufheben der „Monatshefte“ würde die finanzielle Lage der „Neuen Zeit“ nicht verbessern. Gewiß hat die „Neue Zeit“ gewisse Rücksichten zu nehmen, gerade daher ist es aber gut, daß daneben noch ein Blatt ohne diese Rücksichten existiert, wo man schreiben kann, wie einem der Schnabel gewachsen ist. Der Hinweis Debeles auf den Beschwerdeweg scheint von einem Irrthum über das Wesen der geistigen Arbeit diktiert. Wenn ich, ehe ich schreibe, mir das erst durch den Beschwerdeweg erschöpfen muß, so fange ich gar nicht an. Die Parteigenossen sollen, wie Debeles meinte, in den „Monatshäften“ schreiben zum Gaudium der Parteigenossen. Ich möchte nicht, wie das sein sollte, aber das weiß ich, daß an dem Augsburger Antrag und an dieser Debatte die bürgerliche Presse allerdings ihr Gaudium haben wird; (Sehr richtig!) sie wird freudig die Gelegenheit benutzen, um die alten Mühlen vom sozialistischen Zuchthausstaat wieder klappern zu lassen. (Sehr richtig!)

H. u. n. - Hamburg: Das Defizit der „Neuen Zeit“ wäre zu bejätigen, wenn alle, die jetzt für die „Monatshefte“ schreiben, bei der „Neuen Zeit“ blieben, und wenn diese entsprechend vergrößert wird. Man soll wegen der Engbrüstigkeit und Einseitigkeit Kantäth's bei der „Neuen Zeit“ nicht aufkommen! Dann wäre es doch konsequenter, daß die Herren mit den hohen Namen von und zu sich von der Mitarbeiterliste der „Neuen Zeit“ freigegeben ließen. Ich bitte Sie, dafür zu wirken, daß die „Neue Zeit“ zu einem Blatte wird, wie es sich für die Partei eignet.

Meiß - Köln: Es war gut, daß die Debatte einmal aufgebrochen worden ist. So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Die Gründe für das Defizit der „Neuen Zeit“ müssen klargestellt werden. Sollmar hat keinen Zweifel gelassen, daß er der Redaktionsführung Kantäth's die Schuld bekennt. Die Parteileitung muß nach dieser Richtung Mängel schaffen. In der „Neuen Zeit“ wird Silberfischer und Löffel getrieben, die mit der Wahrung der Parteiprinzipien nichts zu thun hat und das Papier nicht werth ist, auf dem es gedruckt ist. Mit der Forderung der Disziplin hat Debeles Recht gehabt. Solche Disziplin bedeutet nicht Gewissenshaftigkeit. Bedauerlich bleibt es, daß selbst Kaer in den „Monatshäften“ schreibt. Aber noch einmal, in der „Neuen Zeit“ muß Wandel geschaffen werden. Langt ein Mann nicht für den Posten, auf den er gestellt ist, so muß er den Posten räumen. Kantäth wird der Partei an anderer Stelle nützen können. Im Interesse des Friedens, der Hochbringung unseres Parteiorgans muß eine Modifikation vorgenommen werden.

Bernstein - Berlin: Ich muß den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit ablehnen; allerdings giebt es Dinge, wo ich arg empfindlich sein werde, nämlich immer da, wo es sich um die Ueberzeugungstreue handelt. Gegen den Ausdruck Revisionismus habe ich nichts, nur darf das Wort nicht in dem Sinne gebraucht werden, als ob die Revisionisten gleichsam Verräther an der Partei wären. Wo es sich um Wahrung gemeinsamer Interessen handelt, stehen wir selbstverständlich solidarisch zusammen. Als der Demagoge Lorenz Kantäth wegen einer Broschüre angriff, habe ich in zwei Artikeln im „Vorwärts“ Kantäth verteidigt. Nur gegen das Wort des jungen Liebsteins vom „Auftritt“ des Revisionismus haben wir uns gemauert. (Sehr richtig!) Noch ein zweites gegen Ulrich. Der Artikel im „Offenbacher Abendblatt“ war nicht so harmlos. Es wurde dort gesagt, durch den Kantäth'schen Artikel sei die bürgerliche Presse zur Wuth aufgepeitscht worden, über meinen Artikel habe sie sich gefreut. Das ist nicht wahr. Durch Kantäth's Artikel ist niemand zur Wuth aufgepeitscht worden, sondern nur der schon gewasene Demagoge Lorenz zum Profit. Derselbe Schamacherpreffe hat aber nachher geschrieben, der Standpunkt Bernsteins ist noch viel gefährlicher als der Standpunkt Kantäth's. Grausen, seid doch nicht so nervös! (Heiterkeit) Die gute Presse wird immer von anderen Arbeitern Notiz nehmen, das ist nicht zu verhindern. Meinungsverschiedenheiten müssen immer in der Partei sein, denn sie bedeuten geistiges Leben. (Sehr richtig!) weil wir eben immer einzelne Programmpunkte von verschiedenen Gesichtspunkten ansehen und beleuchten wollen. Ich soll mich über die Räuber Resolution hinwegsetzen haben, so heißt die „Leipziger Volkszeitung“. Nach einem ganzen Jahre der agitatorischen Thätigkeit und der verschiedensten schriftstellerischen Arbeiten kommt man mit einer solchen vollkommenen unabweisbaren Behauptung! Nach meiner Ansicht gehören die „Sozialistischen Monatshefte“ und die „Neue Zeit“ zur Partei. Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solche Organe besitzt. (Vrabo!)

Ein Schlußantrag findet genügende Unterstützung.
Die Partei ist gegen den Schlußantrag. David habe kein Recht, Bloch sei ein selbstloser Gesandter, der große Opfer für die Partei gebracht habe. Es müßte der Beweis geliefert werden, daß Bloch wie ein Gesandter irgendwie herbeigekommen ist, sondern lediglich als Redakteur der „Sozialistischen Monatshefte“. (Dr. David: Ober Begehrung!)

Der Schlußantrag wird angenommen.
Der Augsburger Antrag ist zurückgezogen. (Große Heiterkeit und Vrabo!)

Perkowski bemerkt Kantäth, daß Sollmar Unrecht hatte, als er sagte, er habe in Säben erklärt, daß er in der „Neuen Zeit“ nur eine Richtung zu Worte kommen lassen werde. Er lasse Alles freies Spielraum, da auf dem Boden des Parteiprogramms stehen, er verweigere aber den Zutritt allen Marxisten, die an dem Grundes der Partei sich betheiligen, den Bodenreformern und anderen Sozialisten.

Dr. David - Mainz (persönlich): Ich habe mich nicht gegen die Mitglieder der Redaktion der „Neuen Zeit“ gewandt, sondern nur gegen die überauswichtigen Mittel der Redaktion, einen unabweisbaren Gegner entgegenzusetzen. Die Anwesenheit Kantäth's verleiht dem „Neuen Zeit“ ein gewisses Ansehen, die Mitarbeiter eines Tages von Kantäth selbst bestellt, konnte ich auch keine Beschwerde einlegen.

Dr. David erklärt persönlich, er habe nur sagen wollen, daß Kantäth ein so wichtiger Mann sei, daß er gar nicht denken kann, daß auch einmal ein anderer Recht habe, und daß Kantäth nicht der richtige Mann auf seinen Posten sei.
Sollmar tritt die Witzspiele ein.

Ueber die Stellung am Mittwoch liegt aus folgender Bericht vor: Der Bericht führt an Sollmar. Der Bericht in die Tagesordnung erklärt Metzger - Hamburg,

daß sein Widerspruch gegen höhere Gewerkschaftsbeiträge auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress rein persönlich war und nicht im Namen der Fraktion erfolgt sei. Die gegenwärtige Behauptung Döblins auf der Generalversammlung der Buchdrucker in München sei unwahr. Rosenow erstattet darauf den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit und bespricht eingehend den Polltarif, dessen Zustandekommen die Fraktion mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Anträge, die von der Fraktion im Reichstage die Einbringung eines Gesetzes zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages verlangen. — Weis - Berlin fordert den Achtstündigen Arbeitstag zur Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften. — Edmund Fischer - Sachen meint, der Antrag auf Einführung des Achtstündentages könne in der laufenden Session nicht mehr zur Verhandlung kommen, sei also überflüssig. Prinzipiell sei die Fraktion für den Achtstündentag eingetreten. In einem Änderungsantrag zu einem vom Zentrum eingebrachten Antrag verlangte die Fraktion die allgemeine Einführung des Zehnstündentages. In den letzten Jahren sei die Zahl der Schwerinstage eine geringere geworden. Die Fraktion müsse mit der Geschäftsordnung des Reichstages rechnen, diese mache die Verhütung eines Gesetzes zur Einführung des Achtstündentages jetzt unmöglich. Der Zehnstündentag sei ausichtslos, der Achtstündentag ausichtslos. — Eichhorn - Mannheim verlangt, daß von der Fraktion mehr für Initiativanträge gethan werde. Die Staatsdebatten könnten zu Gunsten der Initiativanträge eingeschränkt werden. Der Gesetzesentwurf, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern, rufe noch immer. Der Antrag auf Einführung des Achtstündentages sei bei der jetzigen Krise doppelt nothwendig. Nachdem Schubert - Berlin den Antrag auf Einführung des Achtstündentages, besonders in Staats- und Kommunalbetrieben, begründet hatte, wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt. Nachmittags erfolgte der Auszug nach dem Sternberger See.

Politische Mundreden.

Deutschland.

Die Verhandlungen der Zentrumsfraktion des Reichstages über den Polltarif sind Mittwoch zu Ende geführt worden. Die Verhandlungen, an denen 78 Abgeordnete theilnahmen, ergaben nach dem Berliner Zentrumsblatt „Germania“ angeblich eine weitgehende Uebereinstimmung in der gesammten Auffassung des Polltarifs und der allgemeinen Lage. Die Fraktion stellte sich auf den Standpunkt, daß im Allgemeinen an den Beschlüssen der Polltarifkommission festzuhalten sei. Den Antrag über Verwendung der Mehrbeträge aus den Zöllen zur Begründung einer Wittwen- und Waisenversorgung wollen die Zentrumsvertreter bei der zweiten Lesung in der Kommission wieder einbringen.

Ein konservativer Vorkämpfer.

Ein konservativer preussischer Oberlehrer, Dr. Ludwig Gurlitt in Steglitz, führt in dem soeben erschienenen Buche „Der Deutsche und sein Vaterland“ bittere Beschwerte über die jetzt im Deutschen Reich herrschenden Zustände. Dem Offizier- und Beamtenstande wirft er im allgemeinen einen „lächerlich entwickelten Kasernengeist“ vor. Der Volkswirth bezeichne deshalb den preussischen Beamten als „Rädler“. Frage man „wiejo?“ so lautet die Antwort: „Na, nach oben den krummen Buckel und nach unten die Fußtrittle.“

Mit halber Ueberzeugung kann kein Mensch Propaganda machen. Das Volk ist auch viel zu hellsehend, um nicht Mache von Ueberzeugung unterscheiden zu können. Die vielfach sehr äußerliche Kirchlichkeit der herrschenden Kreise, die es für geboten hält, dem niederen Volke mit gutem Beispiel voranzugehen, erreicht damit das Gegentheil seines Zwecks. Mit Statisten kann unsere Kirche keine Schlachten schlagen und keine Siege gewinnen.

Ueber die Resultate dieser Wirksamkeit, die in der allgemeinen Bevormundung des deutschen Volkes durch den Schutzmann ihre wohlthunende Ergänzung erfährt, äußert sich Dr. Gurlitt folgendermaßen:

Wir wirthschaftlichen, erziehlen und administrativen unser gutes deutsches Volk in Grund und Boden, ertöbten dadurch in ihm die edelsten Mannestugenden, die Liebe zur Heimath, die Treue fürs Vaterland, den Muth zum Kampf, den edlen Freiheitsdrang, dafür gewinnen wir verdorrte Bürger, die sich in unfruchtbarer Opposition Luft machen, Unterthanen mit Bedientenstus, Streber, die nach oben hin unmännlich ergeben sind, gegen ihre Untergebenen aber rücksichtslos und brutal, bestenfalls harablässig und gänzlich, Hencker, die ihre religiöse Gesinnung zur Scham stellen, um Karriere zu machen, Feiglinge, die sich nicht getrauen, eine Meinung zu haben, ehe nicht der Vorgesetzte gesprochen hat.

So viel darf man mit Bestimmtheit behaupten: durch am tlich vorgegriffene laute Sedan- und Gedächtnistage, durch rahmredige Nationaldenkmäler, durch einen patriotisch gekleideten Betrieh des Geschichtsbüchleins kann wahrer Muth zum Vaterlande nimmermehr erregt werden. Jede Steigerung dieser Mittel schlägt zum Gegentheil aus. Wir sagten jüngst ein Buchhändler: „Die patriotische Litteratur geht nicht mehr.“ Das haben also die Uebergriffe glücklich erreicht. Jedes wahre, schlichte Gefühl ist von ihnen durch das Fortissimo der Posanenköpfe überlistet worden. Wird man wohl so thöricht sein, jetzt zum Fariojo überzugehen, aus die ganze Pflanze der Liebe und des Vertrauens völlig zu vernichten? Ich frage: Was soll bei einer weiteren, bedrückten und belächelten Jagd nach patriotischer Betrieh nützen?

Selbstverständlich nichts. Wer hat aber gerade die unermesslichen, dem Reiche und dem Volke gleich gefährlichen Zustände groß gezogen, jeden Winkel in dieser Richtung „begegründet“ besetzt? Es waren gerade die Kreise, denen der Verfasser des Buches angehört, die sogenannten „Gutgesinnten“, die patentirten „Patrioten“ und unentwegten Hurradschreier. Hat nicht erst in diesen Tagen die gesammte alldeutsche „nationale“ Presse ein Betriehgeheimnis angetrieben über die schwindende „Sedanfeier“, die mit Recht schwindet, weil das Volk von diesem gaudiumwürdigen Kummel sich abwendet? Wir glauben gern, daß Dr. Gurlitt seiner ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat; leider wird aber bei der jetzt im Deutschen Reich herrschenden Richtung seine Stimme als die eines Predigers in der Wüste angehört verhallen.

Pöblichkeitsfische „Thatsachen“. In der letzten Rede des Landwirtschaftsministers kündigt die „Zeit. Zig.“ folgenden scharfen Kommentar: Der preussische Landwirtschafts-

minister v. Pöblichkeits hat in seiner Düsseldorf'schen Rede einige Bemerkungen gemacht, die wir für Druckfehler hielten, auf die man aber zurückkommen muß, nachdem sie nicht berichtigt wurden. Er hat das Kontingent an Schweinen, das nach Oberschlesien ausgeführt werden darf, auf 600 000 Stück beziffert und sich gewundert, daß weniger Schweine eingeführt wurden, als erlaubt sind. Wer hat wohl Herrn v. Pöblichkeits so schlecht über sein eigenes Ressort informiert? Zugelassen sind nicht 600 000, sondern lediglich 70 000 Schweine, die schon deshalb eingeführt werden, weil die Einfuhrerlaubnis ein Monopol weniger Unternehmer darstellt. Wenn aber Herr v. Pöblichkeits meint, es wären 600 000 Schweine erlaubt, dann muß er doch auch glauben, daß so viel ohne Seuchengefahr eingeführt werden könnten. Herr von Pöblichkeits ist ein gerader Charakter, wir nehmen also an, daß er seine Düsseldorf'sche Rede nachträglich wahr macht und nun 600 000 russische Schweine zuläßt, dann wollen wir ihm seinen groben Irrthum verzeihen. Weiter hat Herr v. Pöblichkeits gemeint, bei der Preissteigerung von 1901 habe man doch auch die Grenzen nicht geöffnet. — Nun sind 1891 nach der Statistik, die in der amtlichen Begründung zu dem Entwurf eines Polltarifgesetzes mitgetheilt ist, 911 618 Schweine in Deutschland mehr eingeführt worden, als ausgeführt worden sind. Auch das scheint — so meint die „Freie Zeitung“ — dem Minister nicht bekannt zu sein. Allerdings eigenthümlich! Endlich hat Herr von Pöblichkeits auch dargezogen, die jetzige Preissteigerung sei eigentlich eine ganz naturgemäße. Die Sache erkläre sich daraus, daß in den Monaten August und September die Schweinepreise gewöhnlich anziehen, weil in diesen Sommermonaten das nothwendigste Mittel für das Füttern der Schweine, die Kartoffel nicht vorhanden ist, und ebenso in diesen Monaten die Schweine, die jetzt hauptsächlich auf unseren Markt kommen, die von 100 Kilogramm schwer zu haben sind. Alle diese Umstände hätten bewirkt, daß wir in diesen Monaten seit vielen Jahren einen Mangel an Schweinen haben, bis nach der Kartoffelernte der Markt wieder steigt. Auch diese Annahme des Herrn Ministers hält vor einer sachlichen Prüfung nicht stand. Es betrogen zum Beispiel im Großhandel die Durchschnittspreise für Schweine bester Qualität nach Lebendgewicht pro 50 Kilogramm:

	1900	1901	1902	1892
Berlin	47,50	55,63	61,38	65,00
Breslau	47,25	53,15	57,25	65—62
Magdeburg	48,38	56,38	62,60	66—67
Dresden	48,40	57,63	63,00	68—64
Hamburg	46,75	54,13	61,13	65—66
Köln	51,60	59,60	65,25	65,00
Frankfurt a. M.	53,80	63,75	67,50	70,00
Stuttgart	54,00	60,88	68,30	72—73

Wie man hieraus ersieht, handelt es sich durchaus nicht um eine „vorübergehende“ Erscheinung, sondern um eine konsequente, durch gesetzgeberische Verwaltungsmaßregeln gesteigerte Entwicklung. Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß nach den Sommermonaten die Preise wieder ihren regulären Stand erreichen, vielmehr bedarf es dazu energischer Maßregeln. Es wäre sehr zu wünschen, daß Herr v. Pöblichkeits sich nunmehr einwandfrei über diese Angelegenheit informiert, und daß er erst dann seine Entscheidungen trifft.

Kleine politische Nachrichten.

Der nächste preussische Kronrath wird sich in der Hauptsache um die Verhältnisse in deutschen Oden beschäftigen. — „Rentier“ Moroschmann - Schumanu beschäftigt noch immer die Berliner Gerichte. Der Herr hatte gegen das Schöffengerichtsurtheil, das den Genossen Leid als Verantwortlichen des „Vorwärts“ wegen formeller Beleidigung des Herrn Rentiers mit 20 Mark Geldstrafe belegte, Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu niedrig war. Er wollte die Andeutung, daß er der Verfasser gefälschter Humoresken sei, schärfer gehandelt wissen. Das Gericht hielt jedoch mit den 20 Mark die Ehre dieses „Rentiers“ für genügt. Dagegen wurde der Redakteur Stäufflin vom „Berl. Tagel.“, der in der Erstinstanz freigesprochen war, diesmal auch mit 20 Mark Geldstrafe belegt. — In Czestochowa (Russisch - Polen) sind mehrere Tausend Fabrikarbeiter in den Ausstand getreten. Da Ruhestörungen befürchtet werden, wird Militär dorthin entsandt. — Die Wiedereröffnung der Elementarschulen im russischen Departement Finistere vollzog sich Dienstag in größter Ruhe. Die angefallenen Erhebungen ergaben für 32 Gemeinden bereits einen Zuwachs von 827 Schülern. — Die Vertraktung der Industrie hängt auch in England an. Die Londoner „Daily Mail“ berichtet, daß auch die langweilige englische Firma der Stahlindustrieindustrie mit einem Aktienkapital von insgesamt 12 Millionen Pfund Sterling nach Verhandlungen, die sich viele Monate hindurch hinzogen, eine Vereinbarung zur Regulierung der Produktion und der Preise gebildet haben; das Abkommen bezieht sich nur auf Stahlwerke. — In der Kapkolonie ist nunmehr das Kriegrecht aufgehoben worden. Das antilige Blatt, welches am Dienstag die Bekanntmachung betr. Aufhebung des Kriegrechts enthielt, bringt auch eine Proklamation, betr. die Durchführung des Gesetzes, durch welches der Regierung eine vollständige Kontrolle über sämtliche Waffen und Munition, sowie über deren Einfuhr gegeben wird. — Wie „Rentiers Bureau“ aus Caracas meldet, zog sich Präsident Castro von Venezuela vor den heranrückenden Australischen nach Guayabo, 15 Meilen von Caracas, zurück.

Schweden.

Ein bedenklicher Nothstand macht sich in Mittel - Schweden bemerkbar. Aus dem nördlichen Wästergöland schreibt man der „Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning“: „Der Vorrath an Mehl und Getreide ist nun an verschiedenen Stellen erschöpft. Bei den ärmeren kleinen Bauern war man genöthigt, den reiferen Roggen zu schneiden und des nassen Wetters wegen im Ofen zu trocknen, um nur einige Maß nach der Mühle schaffen zu können. Auch unter den wohlhabenderen Landeuten, die zum Kaufmann um Mehl schicken konnten, steht es nicht viel besser, denn es giebt auch kein Mehl mehr zu kaufen. Sie reisen, schreiben, telegraphiren an Getreidemakler und Mehlhändler, es giebt aber nichts. Und ist da wirklich einer, der eine Partie Mehl auf Lager hat, so weiß er nicht, welchen Preis er dafür fordern soll. „Es giebt keinen Preis“, heißt es. Gelingt es nun einem Detailhändler, einige Säcke Roggenmehl — denn dieses fehlt namentlich — zu erhalten, so giebt es förmlich eine Schlagerei unter den Kunden, bis jeder eine Kleinigkeit erhalten hat. Gerste scheint überhaupt nicht auf dem Markt zu sein, und für den Hafer verlangt man 15 Kronen für die Tonne! Die Schweinezüchter fangen schon an, ihre Thiere zu schlachten. Traurig ist es, daß man vorläufig nicht auf Besserung hoffen darf, denn der anhaltende Regen macht

das Bergen des Roggens unmöglich, der schon auf dem Felde fault; und auch der Hafer wird nicht reif. Um dieselbe Zeit des Vorjahres war alles Getreide schon eingefahren."

Oesterreich-Ungarn.

Ueber eine Sträflingsrevolte wird aus Lemberg berichtet: Wegen einer über die Sträflinge verhängten Disziplinarstrafe begingen die Sträflinge des Männerstrafhauses Ausschreitungen. Ueber 100 Sträflinge drangen, mit Werkzeugen bewaffnet, aus den Werkstätten und versuchten die Thüren zu stürmen und die Schlösser zu zerbrechen. Als Militär erschien, trat wieder Ruhe ein.

Frankreich.

Der französische Marineminister als chaubinistischer Weltpolitiker. Nach der neulichen drohenden Weindrede des Kriegsministers André, der von dem Soldaten der Zukunft als dem „Rächer Frankreichs“ geistreich plauderte, ließen der Marineminister Pelletan seines Kollegen Vorbeeren nicht schlafen. Der Minister hielt in Biserta auf einer von der Stadtverwaltung ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeit eine Rede, in welcher er Algier und Tunis als afrikanisches Frankreich begrüßte, wo dasselbe Blut fließt, und welche dieselben Ziele hätten wie das französische Mutterland, von dem sie sich niemals trennen würden. Der Minister hob sodann die Wichtigkeit Bisertas als Mittelpunkt der Verteilung Frankreichs am Gestirne des Mittelmeeres hervor und prophezeite, daß es ein neues Karthago sein werde ohne die Lasten und Rohheit des alten. Frankreich wolle aus dem Mitteländischen Meer kein französisches Binnengewässer machen; es sei geheilt von seinen Träumen von Weltherrschaft. Aber ein Theil des Mittelmeeres sei französisch und werde französisch bleiben. Mit Biserta, der mächtigen Schutzwehr, die in gleicher Weise für den Angriff günstig gelegen sei, ferner mit Corsica und Toulon vermöge Frankreich die Thür zwischen den beiden Hälfen des Mittelmeeres, trotz Malta und Gibraltar, offen zu halten. Pelletan betonte, er wünsche keinen Konflikt mit England oder Italien. Da man jedoch nicht wisse, was andere thun würden, sei es seine, Pelletans, Pflicht, den heiligen Krieg für das französische Vaterland gegen seine Feinde, wer sie auch seien, vorzubereiten. Es gebe in der zivilisierten Welt keine Sicherheit mehr. Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Niederwerfung Frankreichs durch die Barbarei des alten Germaniens habe man einen Rückfall ins Gewaltrecht und einen Angriff erlebt, während dessen die ganze Welt von dem Grundsatze, daß Gewalt vor Recht gehe, beherrscht erschienen sei. „Wir müssen“, schloß Pelletan, „alle unsere Anstrengungen darauf richten, den Genius Frankreichs als Quelle der Gerechtigkeit und des Lichtes intakt zu erhalten.“ Der Minister des Aeußeren, Delcassée, soll über die verlegenden Bemerkungen über fremde Staaten, welche diese Rede enthält, entrüstet sein und mit seinem schwachen Kollegen daher in Konflikt gerathen sein. Zwar hat Pelletan ganz recht, wenn er das herrschende „Gewaltrecht“ brandmarkt, nur trifft es Frankreich nicht weniger noch mehr wie andere Staaten. Da Pelletan die „Barbarei“ nicht des „alten Germaniens“, sondern des internationalen Kapitalismus durch weiteres Welterücken verschlimmern will, hat er keine Ursache, sich über die in der That bedauerlichen weltpolitischen Thaten anderer Nationen zu beschweren. Pelletan hatte der Arbeiterklasse die Konzession gemacht, daß er die Ausgaben für den Marineetat anfänglich etwas einschränkte. Seine neue Rede hat die Hoffnung beseitigt, als würde er in Punkte Flottenpolitik eine verständigere Haltung einnehmen wie seine Kollegen in gewissen anderen marinebegeisterten Ländern, deren verantwortliche Staatslenker so gern mit der gepanzerten Faust dreinschlagen.

China.

Neue Palastrevolution in Aussicht? Der „Fref. Btg.“ wird in den ihr aus Schanghai Mandarinentreisen zugehenden Meldungen versichert, daß wieder einmal die Absetzung des Kaisers Kuanghu geplant sei. Dies geschehe durch den Großsekretär Jung Lu, der einen Prinzen auf den Thron bringen möchte, der mit einer seiner Mächten verlobt ist. Ein in Schanghai anwesender hoher Beamter aus Peking erklärte weiter, Jung Lu habe zur Durchführung dieser seiner ehrgeizigen Pläne sich russische Hilfe gesichert. Der Schutz, den Rußland Tibet gewähren will, wird mit diesen Plänen Jung Lu's in Verbindung gebracht.

Die Boxer denken noch gar nicht daran, die Streitart zu begraben. Sie befinden sich noch immer auf dem Kriegspfade gegen die fremden Eindringlinge und Missionare. Der Feldzug der Mächte hat so gut wie gar keinen Eindruck auf sie gemacht. Augenblicklich wird von ihnen, einer Laffan-Meldung zufolge, Tschinatufu, die Hauptstadt der Provinz Szechuan, belagert. In den Straßen kämpfen die kaiserlichen Truppen gegen die Boxer, die sich die Ausrottung der christlichen Kirche und der Fremden zum Ziel genommen haben. In Missionarstreiben verlaunet, daß bereits mehr als dreihundert chinesische Christen getödtet worden sind. Eine andere Version schätzt die Zahl der Todten sogar auf fast tausend, doch scheint diese letzte Meldung eine starke Uebertreibung zu sein; wenigstens berichtet ein Brief Dr. Canrights, der als Missionar in der Provinz Szechuan thätig ist, nur von 11 Morden an Christen.

Südbad und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 18. September.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Als Gerücht verzeichneten wir dieser Tage die Meldung, daß 26 Soldaten des hiesigen 162. Regiments wegen Erkrankung an Hirschschlag im Wandergelände dem Garnisonlazareth hätten zugeführt werden müssen. Wie wir nunmehr erfahren, entspricht das Gerücht durchaus der Wahrheit. Das Garnisonlazareth soll mit Kranken geradezu überfüllt sein. Zwei Mann von den 162ern sowie ein Mann von den in Reumünster liegenden 163ern sollen an Hirschschlag gestorben sein; unter ihnen ein Reservist und Familienvater. Wie großen Anstrengungen das Regiment ausgesetzt war, mag schließlich noch daraus hervorgehen, daß uns ziemlich bestimmt versichert wurde, auch ein Offizier sei schlapp geworden, obwohl diese doch bei weitem nicht solchen Strapazen unterliegen, wie die Mannschaften. Merkwürdig ist noch das Eine,

daß sich die hiesige bürgerliche Presse, die mit der Kaserne sonst so gute Beziehungen unterhält, noch immer in Schweigen hüllt. Das läßt tief blicken! würde Sabor jagen.

Die General-Wine-Compagnie. Vom Arbeitersekretariat geht uns folgendes Eingeländt mit der Bitte um Abdruck zu:

Im Frühjahr dieses Jahres hatte eine „General-Wine-Compagnie“ in Antwerpen durch einen Reisenden bei zahlreichen kleinen Kaufleuten und Händlern hier in Lübeck Bestellungen aufsuchen lassen. In allen Fällen, in denen später das Sekretariat in Anspruch genommen wurde, hatte der Reisende in Abwesenheit des Geschäftsinhabers die Frau zu veranlassen gelobt, mit dem Namen ihres Mannes auf mehrere Hundert Mark lautende Bestellungen zu unterzeichnen. In vielen Fällen waren die Inhaber der Geschäfte mit diesem Thun ihrer Ehefrauen nicht einverstanden und suchten deshalb das Sekretariat auf, um sich Rechts zu holen. Da der Reisende offenbar in zweckbewusster Weise die Frau zur Abgabe der Unterschrift ihres Mannes veranlaßt hatte, riefen wir, sofort der in Hamburg domizilirten Generalagentur der „Wine-Compagnie“ die Ablehnung einer Geschäftsverbindung mitzutheilen, und wenn trotzdem die Weine kommen sollten, die Annahme zu verweigern. Von drei uns im weiteren Verlauf zur Kenntniß gelangten Fällen hat, als in dieser Weise die betreffenden Geschäftsinhaber sich verhielten, die „General-Wine-Compagnie“ durch ihre Agentur in Hamburg Klage erhoben, ist jedoch kostenpflichtig abgewiesen worden. Was uns diesem Geschäft ganz bedenklich gegenüberstehen ließ, waren die getroffenen Abmachungen. Der Geschäftsinhaber sollte beim Empfang der Waare einen Wechsel auf den ganzen Betrag des Waarenwerthes unterschreiben, zahlbar in drei Monaten vom Tage der Ausstellung. Die „General-Wine-Compagnie“ dagegen verpflichtete sich, dem Geschäftsinhaber 14 Tage vor Verfall des Wechsels ein Formular zustellen zu lassen, in dem dieser genau die noch auf Lager befindlichen Weine anzugeben hatte. Nach Rücksendung des ausgefüllten Formulars sollte dann die „G. W. C.“ das Formular eines zweiten Wechsels senden, lautend auf den Betrag des Werthes der noch auf Lager befindlichen Weine, zuzüglich 2 Proz. Aufschlag und 1 Mk. für Schreibgebühren. Nach Unterzeichnung und Einlieferung dieses Wechsels durch den Geschäftsinhaber an die „G. W. C.“ sollte letztere dann zur Einlösung des ersten Wechsels den Werthbetrag der nicht verkauften Weine einsenden, so daß der Geschäftsmann nur den Betrag für die verkauften Weine bereit zu halten brauchte. In derselben Weise sollte dann jeweils bei der Fälligkeit des zweiten, dritten usw. Wechsels verfahren werden. Die geschäfts- umgewandten Frauen ließen sich behörden, dieses so verwickelte Geschäft als leibliche Verpflichtung zur Uebernahme eines Kommissionslagers anzusehen und mit dem Namen ihres Mannes die Bestellung zu unterzeichnen. Soweit ganz gut. In den letzten Tagen sind nun aber neue Befürchtungen auf dem Sekretariat gewesen, die von der ferneren Entwicklung einer auf der oben geschilderten Grundlage mit der „G. W. C.“ eingegangenen Geschäftsverbindung berichteten. Der eine Besucher hatte selbst, bei dem anderen dessen Frau die Unterschrift zu dem Vertrag gegeben. Beide hatten die Weine angenommen, den Wechsel unterschrieben und nun geglaubt, ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Bei der Fälligkeit des ersten Wechsels hatte die „Wine-Compagnie“ auch das fehlende Geld zur Einlösung desselben gesandt — selbstverständlich gegen vorherige Einlieferung des zweiten Wechsels. Nach einigen Wochen hatte sie dann angefragt, ob der Geschäftsinhaber gegen Vergütung von 10 Proz. und Rückgabe seines Wechsels den Werth des noch auf Lager befindlichen Weines baar bezahlen wolle. Dieses Angebot mußte mangeldes Geldes wegen von den Betreffenden abgelehnt werden. Dann war die Mittheilung gekommen, daß die Generalagentur in Hamburg aufgelöst sei und die in Haag (Holland) die Abwicklung der Geschäfte übernommen habe. Vierzehn Tage vor Verfall des zweiten Wechsels war dann das Formular zur Aufnahme des Waarenbestandes gekommen, nach dessen Ausfüllung und Einlieferung dann das Wechselformular und nach dessen Unterschrift und Einlieferung nicht das Geld zur Einlösung des fälligen Wechsels. Die Folge war dann, daß dieser nicht eingelöst werden konnte, zum Protest ging und nunmehr den Geschäftleuten Klage droht. Auf dringendes Schreiben nach Antwerpen — die Generalagentur in Haag ist inzwischen auch schon aufgelöst — erfolgte keine Antwort, bezw. für den einen Geschäftsmann die Mittheilung, daß die Erledigung der Sache dem „Rechtsbestande übergeben sei“. Die Sachlage liegt für die Betroffenen jetzt so, daß der eine Wechsel fällig geworden ist und Klage droht, und der andere Wechsel im November fällig wird. Das Arbeitersekretariat richtet hiermit an alle diejenigen, welche in Geschäftsverbindung mit der „General-Wine-Compagnie“ gestanden, und denen es wie oben geschildert gegangen ist, die dringende Aufforderung, sich auf dem Bureau zu melden, zwecks Rücksprache und eventuellen gemeinsamen Vorgehens gegen die in Frage stehende Firma. Gleichzeitig möchten wir an dieser Stelle nochmals dringend warnen, Unterschriften zu irgend welchen Verträgen zu geben, die zu übersehen und zu erfüllen der Betreffende nicht im Stande ist.

Der Bürgerausschuß hielt gestern abends eine Sitzung ab, doch war die Tagesordnung, welche er zu erledigen hatte, nur klein. Am 20. März 1902 hatte die Bürgererschaft an den Senat das Ersuchen gerichtet, das Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Luftbarkeiten, einer Revision zu unterziehen. Der Senat hatte dann dieses Ersuchen dem Polizeiamte zur Erwägung überwiesen. Wenn nun auch das Polizeiamt noch zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt ist, so hat sich doch schon jetzt, einem Senatsdekret zufolge, „ein unleugbares Bedürfnis“ herausgestellt, für Schaulustigen, denen ein wissenschaftlicher oder künstlerischer Werth beikommt und die längere Zeit hier dargeboten werden, eine gewisse Erleichterung zu schaffen. Der Bürgerausschuß empfiehlt den Senatsantrag der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung, beschloß zugleich aber auch, auf Antrag Rechts, an den Senat das erneute Ersuchen zu richten, das Gesetz einer Gesamtrevision zu unterziehen. Des Weiteren beschloß der Bürgerausschuß der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen, daß 1. dem von dem Finanzdepartement mit dem Bauunternehmer Finemann geschlossenen Vertrage über Landauskauf auf

der Falkenwiese die vorbehaltenen höhere Genehmigung erteilt wird, und 2. die Abänderung des Bebauungsplanes für die Falkenwiese, wie solche aus dem Vertrage angehefteten Handzeichnung des Katasteramtes vom 21. April 1902 ersichtlich ist, genehmigt wird. — Schließlich erstattete noch die in der Versammlung vom 3. d. Mts. eingesetzte Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Errichtung einer neuen Doppel-Volksschule in der Vorstadt St. Gertrud und Abänderung des Bebauungsplanes, sowie Herstellung der für den Schulhausbau erforderlichen Straßen- und Sielanlagen, durch ihren Vorsitzenden Dr. Baethge mündlich Bericht und beantragte, der Bürgerausschuß wolle der Bürgererschaft die Vorlage gutachtlich zur Mitgenehmigung empfehlen. Der Bürgerausschuß erklärte sich mit dem Antrage seiner Kommission einverstanden.

Die Michaelisferien nahten, und da heißt es wieder einmal, aus Gründen der Staatspädagogik, den Klassen- und Standesunterschied zu markiren. Für die „Vielzubietern“ lautet die Parole: Pflichten verdoppeln, Rechte halbiren! Für wahr, ein recht freier, republikanischer Standpunkt, ganz hübsch! Schon seit Jahren horcht man vergeblich auf sichhaltige Gründe, warum den Volksschülern von der verehrlichen Oberbehörde nicht auch 14 Tage Ferien zugebilligt werden können. Haben sie sich als minder Brüder zu betrachten? In der Bürgererschaft sitzen doch nicht lauter Ja-Sager; ist denn keiner dazwischen, der den Muth hat, aufzutreten, um diese Frage zu ventiliren? Er darf sich versichert halten, daß ihm mancher Vater, schon aus Gerechtigkeitsgefühl, dankbar die Hand drücken wird.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Fräuleins betrug Mittwoch 12 1/2 Grad Celsius.

Apollo-Theater, so nennt sich bekanntlich die neue Spezialitätenbühne, die Heinrich Kalnberg im Mittelpunkt der Stadt, im „Konzerthaus Fünshausen“, am Dienstag Abend unter starkem Zuspruch des Publikums eröffnet hat. Wir nahmen die Gelegenheit wahr, dem neuen Theater am Mittwoch Abend einen Besuch abzustatten, um unserer Rezensentenpflicht obzuliegen. Es war im Voraus mit köstlicher Sicherheit zu erwarten, daß Heinrich Kalnberg alles aufbieten würde, um sein neues Unternehmen gut einzuführen, und das ist ihm denn auch bestens gelungen. Die Kräfte des Eröffnungsspielplanes sind durchaus tüchtig. Insbesondere gilt dies von dem „kleinen Paganini“. Was dieses kleine Kerlchen, ein niedlicher Bube von etwa acht Jahren, auf seiner Violine leistet, ist geradezu erstaunlich. Wir hörten von ihm „Das Lied des Vogelhändlers“ von Zeller, einen Walzer von Gilet und eine Arie aus dem „Barbier von Sevilla“. Der Knabe spielte mit Feuer und Empfindung, so daß es ein Vergnügen war, seinen Tönen zu lauschen. Schade, daß ein so starkes musikalisches Talent auf der Spezialitätenbühne verbraucht wird! Meister des Rades sind die Brothers Wheelers. Die schwierigsten Radfahrerkünste bewältigen sie mit spielender Leichtigkeit. Die Gesangs-Quettisten Geschwister Diezing erweckten durch köstlich vorgetragene Zigeunerlieder. Sensationell sind die Leistungen der Otanays auf dem elastischen Rabel. Die höchst schwierigen Tricks wurden mit verblüffender Sicherheit ausgeführt. Der Gesangshumorist Goldmann darf sich durchaus sehen lassen. Seine Komplets sind pointenreich und entbehren nicht einer gehörigen Portion attischen Salzes. Der „Fall Löhring“ war in dieser Hinsicht von besonders durchschlagender Wirkung. Eine Abwechslung bietet das Kammertrio mit seiner musikalischen Pierrots-Bantomime; die musikalischen Leistungen waren sehr ansprechend. Emmy Palmy ist eine gute und feste Langsoubrette, die des Weisfalls stets gewiß sein darf. Einen glanzvollen Abschluß des Programms bilden die elektrischen Phantasien aus 1001 Nacht Emilia Barczinska's; es wurden wunderbar-farbenprächtige Wirkungen erzielt. Das wären in der Hauptsache die Kräfte, die Heinrich Kalnberg ins Treffen führt; möge ihm der Erfolg nicht versagt bleiben!

Die schöne Klarthliche Blume, die augenblicklich auf den Wiesen blüht und dem Gartenkrokus in Wuchs und Gestalt sehr ähnlich sieht, ist die Herbstzeitlose; dieselbe enthält ein stark wirkendes Gift. Die Pflanze darf nur mit Vorsicht berührt werden, vor allem aber hat man sich davor zu hüten, eine abgeplückte Herbstzeitlose in den Mund zu nehmen, was besonders Kinder zu thun pflegen.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Sonntag, den 21. September, zahlten die Vereinsmitglieder und deren Angehörige im Zoologischen Garten nur halbe Eintrittspreise. Vorzeigung der Mitgliedskarte ist jedoch notwendig. Die Vereinsleitung hegt die sichere Erwartung, daß von dieser Vergünstigung ein reger Gebrauch gemacht wird.

Handelsregister. Am 16. September wurde bei der Firma August Sellischopp eingetragen: Dem Friedrich Matthiesen in Lübeck ist Procura erteilt.

Genossenschaftsregister. Am 16. September 1902 ist bei der Spar- und Darlehnskasse der Landbewohner, e. G. m. b. H. in Lübeck eingetragen: Der Postbeamte A. Untermann ist aus dem Vorstand ausgetreten; an seiner Stelle ist der Privatmann H. Hoffmann in Lübeck in den Vorstand gewählt worden.

Die Wirkung des Kreuzottergiftes. Prof. Birck-Hirschfeld, der vor wenigen Jahren gestorben, hatte verschiedene Versuche mit diesem Gift gemacht. Er gewann das Gift, indem er Kreuzottern auf Wattebausch verßen ließ, aus denen dann das Gift ausgepreßt wurde, damit es getrocknet werden konnte. Frisch eingefangene Thiere lieferten ein stärkeres Gift als solche, die schon in Gefangenschaft gelebt hatten. Ebenso waren Temperatur und Jahreszeit auf die Stärke des Giftes von Einfluß. Die oft beobachtete bligartige Wirkung beruht offenbar darauf, daß durch den raschen Eintritt einer verhältnismäßig großen Menge von Kreuzottergift in das lebende Blut ein Gerinnungsferment gebildet wird, so daß durch Verstopfung des rechten Herzens oder der Lungengefäße der Tod unter Erstickungserscheinungen eintritt. Wichtigstens bleiben Thiere, denen man vorher Blutegel-Extrakt, der die Blutgerinnung aufhebt, einprägt, trotz mehrfacher Bisse am Leben. Wo der Tod erst nach längerer Zeit eintritt, ist seine Ursache in einer durch das Gift bewirkten Affektion des Nervensystems zu suchen.

ob Netter LogisKollege. In einem Pensionat in der Alstraße mietete sich gestern ein angebllicher Eisenbahn-Assistent Berger ein und erhielt als Logis ein Zimmer angetrieben, welches bereits von einem Kaiserlichem Bediensteten bewohnt wurde. Wie nun heute Morgen gegen 5 1/2 Uhr der Ritt-

Anarchist, Schuft und Spizel!

Am 6. Oktober ds. J. findet vor der ersten Strafkammer des I. Landgerichts München Hauptverhandlung statt gegen den dort wohnenden Schriftsteller Friedrich Benz wegen Majestätsbeleidigung. Schon die früher erfolgte Ankündigung dieses Prozesses hat wegen der Art, wie Polizei und Staatsanwaltschaft in den Besitz des Anlagematerials gelangten, außerordentliches Aufsehen erregt.

Man hatte nämlich erfahren, daß das gegen den Schriftsteller Benz eingeleitete Verfahren auf Grund eines Privatbriefes an den Herausgeber der „Stimmen der Gegenwart“, Karl Hartmann in Braunschweig, erfolgt war.

Man wußte sich das Recht der Polizei und der Staatsanwaltschaft auf den Inhalt eines in vermeintlich sicheren Händen befindlichen Schreibens nicht zu erklären, und der Fall gab Anlaß zu den verschiedenartigsten Kombinationen. Nun ist es dem Angeklagten aber gelungen, die dunkle Affaire aufzuklären. Von der Polizei ist der Verdacht, sich durch Ausschüffeln interner Privatbriefe in den Besitz des Anlagematerials gesetzt zu haben, geschwunden, entlarvt aber ist als Denunziant und Spizel Karl Hartmann.

Der Schriftsteller Bruno Wille hatte nämlich vor Kurzem Herrn Benz brieflich mitgeteilt, daß es notwendig erscheine, vor dem Herausgeber der „Stimmen der Gegenwart“, Karl Hartmann, in der Presse als mutmaßlichem Denunzianten zu warnen. Herr Benz sondierte nach dieser Richtung mit dem Resultate, daß Karl Hartmann, der Anarchist, der in der Theorie die Fürsten mordet, in der Praxis der Polizei Dienste leistet und ihr Privatbriefe mit verhänglichem Inhalt auslieferet.

Folgende, fast ungläubliche Thatsachen sind unumstößlich festgestellt: Am 18. Februar 1902 fand bei dem der Braunschweiger Polizei wegen anarchistischer Umtriebe verdächtigen Schriftsteller Karl Hartmann in Braunschweig eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt, bei der im Besitze Hartmanns anarchistische Schriften gefunden wurden. Es zeigte sich ferner, daß Hartmann Mitarbeiter des in Berlin erscheinenden anarchistischen Organs „Neues Leben“ war, und daß er in verschiedenen Artikeln dieses Blattes sich offen als Anarchist bezeichnete.

Am 4. März erhielt Hartmann einen Brief intimen, literarischen Charakters von dem Münchener Schriftsteller Benz mit der Ueberschrift: „Lieber Freund Hartmann“, in dem eine abfällige Äußerung über die bekannte Kunsttreibe des deutschen Kaisers enthalten war.

Darauf erschien Karl Hartmann am 14. März l. J. unaufgefordert bei der Polizeidirektion in Braunschweig und gab dort zu Protokoll wie folgt:

Vor einiger Zeit wurde seitens der Polizei bei mir eine Hausdurchsuchung vorgenommen, weil ich in den Verdacht gekommen war, anarchistischen Umgang zu pflegen. Letzteres ist jedoch nicht der Fall. Da ich befürchte, daß sich eine derartige Durchsuchung wiederholen kann und damit meine Briefe wieder durchgesehen werden, so übergebe ich hiermit den angeschlossenen Brief, welcher nach meiner Meinung einen strafbaren Inhalt besitzt, um so weit es möglich ist zu beweisen, daß ich keine anarchistischen Umtriebe pflege, und daß der Verdacht, der auf mich ruhte, unbegründet ist. Ich bin mit dem Schreiber des Briefes nicht verfeindet, es ist dies der Schriftsteller Friedrich Benz in München, Kanalarth. 36/0. Derselbe bitte ich, demselben dieses Protokoll nicht vorzulegen, denn Benz würde mich in sämtlichen Werken und Zeitungen so schädigen, daß meine Existenz gefährdet würde, es könnte ja dem Benz so mitgeteilt werden, als ob der Brief bei einer polizeilichen Durchsuchung gefunden ist.

(gez.) Karl Hartmann.

Die notwendige Folge dieser bodenlos gemeinen und

niederrüchigen Denunziation war die Vorlage des der Polizei ausgelieferten Benzschen Briefes bei der Staatsanwaltschaft des bezogl. Landgerichts Braunschweig, und diese erzwangte, nachdem der Angeschuldigte in München seinen Wohnsitz hat, die Staatsanwaltschaft des I. Landgerichts München um Uebernahme der Sache, was geschah.

Benz ist also das Opfer eines schandvollen, abgefeimten Schurkenstreiches, der nur das eine Gule hat, daß dabei der Anarchist, Schuft und Spizel Karl Hartmann verdienstermaßen an den Schandpfahl kam.

Politische Hundschan.

Deutschland.

Unter Kartellbrüdern. Bekanntlich hatte das „Waterland“, das Organ des konservativen Landesvereins und sämtlicher Konservativen Vereine im Königreich Sachsen, in einem Artikel über die jetzige Festweise der Infanterie bemerkt, daß es zweckmäßig sei, wenn letztere beim Ausmarsch in den Krieg die Fahne zu Hause lasse. Der Ordnungspresse bemächtigte sich ob dieses Vorschlages starrs Entsetzen. Das nationalliberale „Leipziger Tagebl.“ beschuldigte das „Waterland“ geradezu, sozialdemokratische Ansichten zu vertreten. Das „Waterland“ ist nicht faul und wirft den Nationalliberalen hochverräterische Gesinnung vor. Es schreibt erobert: „Die Konservativen sind sozialdemokratischer d. h. revolutionärer und hochverräterischer Gesinnung nicht fähig, sie waren stets noch die festesten Stützen der Dynastien, während die Liberalen von sich das nicht behaupten können. Vielleicht erinnert sich das nationalliberale Parteiblatt der hochverräterischen Beschlüsse, die in der nationalliberalen Landesversammlung am 26. August 1866 gefaßt worden sind; wenn nicht, so sind wir gern bereit, sein Gedächtnis zu schärfen.“ — Das „Waterland“, das eben erst seinen berüchtigten Thronartikel verbrochen hat, spielt hier gegen das „Tageblatt“ den höchsten Trumpf aus. Das „Tageblatt“ hatte das „Waterland“ bezichtigt die Nationalliberalen des Hochverrats! Wir wollen die Kartellbrüder in ihrem Bestreben, sich gegenständig die lokale Gesinnung abzusprechen, nicht stören. Aber uns Sozialdemokraten muß ein solches Gezänk der Ordnungsbücher natürlich außerordentlich belustigen.

Fleischwucher und Grenzsperrre. Einen klassischen Beweis dafür, daß die Grenzsperrre den Fleischwucher fördert, liefert folgende Mitteilung, die der „Säch. Arb.-Ztg.“ aus Klingenberg zugeht: „In unserem Orte, der direkt an der Grenze liegt und an den böhmischen Marktflecken Markhausen angrenzt, kostet augenblicklich das Pfund Rindfleisch 75 Pfg., Schweinefleisch 90 Pfg., Kalbfleisch 75 Pfg. und geräucherter Speck sogar 1,00 Mk.!! Wenige Schritte nur und man ist in Markhausen, wo man für das bessere Fleisch folgende Preise zahlt: Für das Pfund Rindfleisch 58 Pfg. (also 17 Pfennige weniger!), Schweinefleisch 60 Pfg. (30 Pfennige weniger!), Kalbfleisch 64 Pfg. (11 Pfennige weniger!) und Speck 70 Pfg. (also 30 Pfennige weniger!).“ Wie man angeht derart schlagender Beweise noch den Muth haben kann, die Schädlichkeit der Grenzsperrpolitik wegzuleugnen, ist nur noch — Amtsblattredakteuren verständlich. Aber die Schädlichkeit wird noch drastischer bewiesen durch Folgendes: „Bis vor Kurzem war es noch gestattet, beliebig oft 2 Kilogramm, im kleinen Grenzverkehr“ so lüf frei über die Grenze nach Klingenthal hereinzubringen. Jetzt auf einmal hat diese Vergünstigung eine erhebliche Einschränkung erfahren. Von jeder Familie darf nur noch eines täglich Fleisch aus Böhmen holen. Außerdem hat jeder den Nachweis zu führen (!), daß er das Fleisch für seinen eigenen Bedarf hält und schließlich ist das Mitbringen für andere aus der Verwandtschaft untersagt worden!!! Auf diese Weise werden die Bewohner des oberen Vogtlandes behördlich er-

zweit gezwungen, auf das bessere und billigere Fleisch zu verzichten und das theuere inländische Fleisch zu kaufen.“ Die Folge davon ist, daß die armen Musik-Instrumenten-Arbeiter nahezu völlig ohne Fleisch auskommen müssen. Und das alles nur einigen Agrariern zu Liebe!

Einem verdienten Fußtritt erhält der neue Mittelhandkretter Dr. Crüger von der „Köln. Volkszeitung“, dem Organ des mittelhandkretterischen Zentrums. Sie schreibt zu der Kreuznacher „reinhlichen Schöpfung“ und zu der Sorge des Herrn Crüger um den Mittelstand:

„Ob ein Konsumverein von Sozialdemokraten oder Freisinnigen geleitet wird, das bleibt sich für seine wirtschaftliche soziale Wirkung ganz gleich. So lange also die Herren Dr. Crüger und Genossen Konsumvereine gründen, in den Haushalten aufnehmen und an dessen Vorteile teilnehmen lassen, thun sie genau dasselbe, was sie den Sozialdemokraten zum Vorwurfe machen. Sie fördern den Mittelstand nicht, wie sie angeht wollen, sondern schädigen ihn. Sie müßten also alle Konsumvereine ausschließen oder sich offn zu der Anschauung bekennen, daß der Kleinhandel und das Kleingewerbe dem Untergang geweiht seien und die Genossenschaften nichts sein sollten als Großbetriebe in der Hand vieler.“

Die innerlich unwahre Haltung des Freisinn in der Konsumvereinsfrage hat das Zentrumsbüchlein hier ganz vortrefflich aufgedeckt. Möge Herrn Dr. Crüger der Fußtritt gut bekommen. Im übrigen sagt die „Köln. Volksztg.“ an anderer Stelle: „Wollten die „Genossen“ aufrichtig sein, müßten sie Herrn Dr. Crüger eine Dankadresse überreichen. Ihre Konsumvereine werden nicht geschädigt werden, aber ihre Propaganda erhält neuen Nährstoff.“ Die Dankadresse werden wir uns ja wohl sparen, aber mit dem letzten Satz hat die „Köln. Volksztg.“ recht.

Zur Fleischtheuerung. Der Regierungspräsident in Potsdam hat soeben eine Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise (einschließlich 5 Proz. Ausschlag) veröffentlicht, die in den Hauptmarktkorten des Regierungsbezirks im Monat August gezahlt worden sind. Von Interesse sind namentlich die Angaben über den Kleinhandel mit Fleisch. Rindfleisch von der Keule kostete 1,20 Mk. (Tempeln) bis 1,80 Mk. (Strausberg) pro Kilogramm, Rindfleisch vom Bauch 1 Mk. (Dahme) bis 1,40 Mk. (Eberswalde, Jüterbog, Ludenwalde, Rathenow, Schwedt und Wriezen a. D.), Schweinefleisch 1,28 Mk. (Trennbergen) bis 1,80 Mk. (Strausberg), Kalbfleisch 1 Mk. (Dahme und Trennbergen) bis 1,75 Mk. (Spandau), Hammelfleisch 1,18 Mk. (Wittstock) bis 1,75 Mk. (Spandau). Bei den einzelnen statistischen Angaben überraschen namentlich die hohen Preise in kleineren Orten, während bekanntlich die Agrarier glauben machen wollen, die Händler und Fleischer in den Großstädten seien es, die den Preis des Fleisches künstlich hochtrieben.

Ein Dokument des Scharfmacherthums. Der „Fachsgeroffe“, das Organ des Glasarbeiterverbandes, veröffentlichte dieser Tage ein Schreiben, das der bekanntlich scharfmacherische Führer der Glasfabrikanten, der Geheimkommerzienrath F. C. Th. Hehe, kurz vor der Beendigung des vorjährigen Generalstreiks der Flaschenmacher an die Mitglieder des Fabrikantenringes erlassen hat. Herr Hehe stellt in seinem Schreiben Betrachtungen an über die damalige Lage des Streiks, er bezeichnet sie als günstig für die Fabrikanten und giebt der Erwartung des baldigen Sieges Ausdruck. Zum Schluß schreibt er: „Wollen wir unser Ziel aber voll und ganz erreichen, dann müssen wir die gemeine und niederträchtige Fribolität der Glasmacher auch ganz austreiben, indem wir sie so lange wie möglich zappeln und hungern lassen. Führen wir den Streit nicht ganz zu Ende, dann haben wir doch eine Auflage der besserer Konjunktur in der Industrie wieder zu erwarten, die Durchführung des Streiks besteht aber darin, daß kein Glasarbeiter wieder angenommen wird, der im Fachverein zahlendes Mitglied ist. Es wird noch Gelegenheit genug

Leib Weihnachtsstuden und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die Kasia trat vor die Hausthür; vielleicht gelang es doch, irgend jemand zu ergattern. Aber die Dorfstraße lag noch immer verödet, obwohl die Sonnenuhr am Pfarrhause schon auf neun wies. Ihre einzige Gemüthsthuung war, daß sie die Miriam plötzlich im Hofe singen hörte:

„Janko, komm' nicht wieder her, Meine Mutter leid's nicht mehr, Und mein Vater warnt —“

Da brach sie plötzlich ab. „Aha!“ rief triumphierend die Kasia und eilte auf den Hof. „Was hast du da gesungen?“ fragte sie.

Ihr Inbels wuchs, als das Mädchen darüber sichlich verlegen wurde. „Was? Ein Lied —“ erwiderte sie unsicher. „Du kennst es ja.“

„Das Lied vom lieben Janko!“ rief die Kasia höhlich, änderte jedoch flugs die Tonart. „Miriam,“ bat sie, „vertraue dich mir doch an! Ich habe ja auch einmal geliebt! Und er hat auch Janko geheißt.“

Da lachte die Miriam wieder. „Unsinn! — Ich hab' nichts zu gestehen.“

Es klang aber doch nicht so ganz unbefangen, und das enting der Kasia nicht. „So?“ fragte sie. „Warum bist du dann so plötzlich verstummt? Weil dir eingefallen ist, daß ich dich hören kann.“

„Nein!“ behauptete Miriam, und da Log sie wahrlich nicht. Bei der Stelle von der Warnung des Vaters stand ihr plötzlich die Szene vom Montag in Erinnerung und wie ihr der Vater im Mondlicht den Schwur abgenommen, nie wieder solche Lieder zu singen. Aber so ehrlich dieses

„Nein“ war, ganz unbefangen blieb sie dabei nicht, und als die Kasia sie scharf ansah, schlug sie den Blick nieder und wurde roth. Dann plötzlich überkam sie — sie wußte selbst nicht wie — der Gedanke, ob der Vater deshalb so dagegen gewesen, weil in dem Liede von einem „Janko“ die Rede war, der nicht wiederkommen dürfte.

„Nein!“ äffte ihr die Kasia nach, „und wird dabei rot, wie ein Hähnchen!“ Hahaha!...“ Und sie lief wieder auf ihren Posten, vor die Thüre.

Nun eilten bereits die Leute zur Kirche vorüber; aber es war die höchste Zeit, den Beginn der Messe nicht zu veräumen: der Gruß der Kasia wurde kurz erwidert, aber zum Blandern war niemand bereit. Unter den Letzten kam auch der dicke Schmied herangehastet, etwas unsicherer Schrittes und mit schlaftrunkenen Augen. „Das ist der Rechte,“ dachte die Kasia erfreut und rief ihm schon von Weiten entgegen: „Meister — auf ein Wort!“

„Nach der Messe!“ wehrte er ab, blieb dann aber doch stehen. „Was giebt's?“ fragte er neugierig, als sie mit erregtem Gesicht auf ihn zuellte. „Waren die beiden etwa auch heute Nacht —“

Die Kasia schlug schämig den Blick zu Boden und that, als ob sie erröthe. „Aber Meister,“ wehrte sie ab, „warum fragst du, da ich doch nicht antworten kann?!... Ich habe ja geschworen! Auch haben diese Juden mich gestern Abend so lange angefleht, bis ich ihnen doch versprochen habe, es noch einmal mit ihnen zu versuchen... Nun, und da muß ich bis heute Mittag aushalten, denn sie sind ja heide fort, nach Halicz!... Weide, Meister! — zu einem bringenden Geschäft. Es hängt für uns alles davon ab,“ sagen sie, „und du bist gut, Kasia,“ sagen sie, „und du bist verschwiegen, Kasia,“ sagen sie, „und darum wirst du bleiben, bis wir dies wichtige Geschäft erledigt haben!“ Und fort sind sie, und ich kann nun dieser verdammten Juden wegen nicht einmal zur heiligen Messe gehen.“

„Was Teufel!“ rief er erstaunt. „Dann verstoppe das Mädel doch an den Alten — was?“

„Ich habe geschworen,“ sagte die Kasia hastig. „Aber denk' Euch nur, Meister, jetzt, in der Stunde, wo sie den Hochzeitstag bestimmen, weiß das Mädel noch immer nicht davon!“

„Und der Janko auch nicht!“

„Nein, gewiß nicht!“

„Schade, daß man ihn nicht mit der Nachricht erfreuen kann,“ lachte der Schmied. „Aber der Pope — ich kann mit dem Popen nichts an!“

Er ging zur Kirche; den Anderen wollte er die Meinung sagen, daß die kleine Südin nun doch verlobt sei, der Janko nicht. Aber da fügte es der Zufall, daß er an der Kirchenthür just mit seinem Gegner zusammentraf; auch der junge Bauer hatte sich verspätet, wie fast immer; er hätte den Sonntag Morgen zu einem Gang über seine Felder benötigen. Und als der dicke Onufrij gewahrte, wie sich ihm der Janko aus seinen schief geschliffnen Sidern anstarrte, da juckte es ihn, ihm einen Posten zu spielen. Warum sollte er es ihm nicht sagen?! Der Pope hatte verboten, häßlichen Menschen wegen seiner Liebe zur jungen Südin händeln, aber warum sollte er ihm die Nachricht von der Verlobung nicht mittheilen dürfen?! Im Gegenheil konnte Hilariön doch nur billigen; damit war eben jündige Leidenschaft zu Ende. „Guten Morgen, Janko,“ sagte er freundlich. „Was sagst denn du zu Neuigkeit?“

Das gelbe Mongolen-Gesicht wurde um einen Saufahler. „Paß mich zufrieden!“ Und er hob die Hand. „Ich... ich...“

Der Schmied zog eine gekränkte Miene. „Und wollte dir eine Freude machen!“ sagte er. „Du gönnt dem Leib und seiner Tochter gewiß was Gutes. Bedenke wenigstens haben sie's um dich!“

Der Janko war nun vollends bleich wie die Wand.

